

Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringergeld.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 10

Sonntag, den 8. März

1914

Glück auf zur roten Woche!

Zu Haus! Zu Haus! Generalmarsch wird geschlagen! Herbei — in Reih und Glied die Treuen, Tapferen und Braven, Je strammer die Ordnung, um so freudiger der Mut! In selbstbewusster Disziplin puffert die Kraft!

Es ist keine Parade, zu der ein lodender Ruf erklingt, auch kein Kampf um einen Bissen tägliches Brot mehr zu erringen, zu dem eine Fanfare anteuert, nein — aber zu einer Werbung werden alle Kräfte aufgerufen, die das Heer der pflichttreuen Kämpfer bedeutend verstärken soll.

Millionen von Arbeitern stehen bereits im Lager der vom Klassenbewußtsein getragenen Arbeiterbewegung; über vier Millionen Wähler traten bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie an die Wahlurne; zweieinhalb Millionen Mitglieder werden in den freien Gewerkschaften gezählt — aber noch keine Million Mitglieder weißt die politische Organisation der Sozialdemokratie auf. Das ist ein Mangel, der durch eine Generalwerbung, die in der Woche vom 8. bis 15. März vorgenommen wird, beseitigt werden soll. Jeder organisierte, klassenbewußte Arbeiter muß in dieser Woche zum Werber werden.

Die Kraft und Macht der Arbeiter ruht in ihrer Zahl und ihren Organisationen. Von dieser Erkenntnis sollte jeder Arbeiter durchdrungen sein. Dann würde es auch jeder als seine unabweisbare Pflicht ansehen, ein treues Mitglied dieser Organisationen zu sein.

In einer Zeit, wo die herrschenden Klassen Erdrosselungsgehe gegen die Gewerkschaften schaffen wollen, wo sie, wenn das gelänge, durch die Vernichtung der freien Gewerkschaften die politische Bewegung der Arbeiter treffen wollen, müssen die Arbeiter ihren Feinden zeigen, daß sie eine Macht sind, die nicht mit sich spielen läßt. In dem Augenblick, wo die Organisationen der Arbeiter, die politischen und gewerkschaftlichen, alle die umfassen, die bei Wahlen oder sonstwie die Arbeiterbewegung unterstützen, müssen die Feinde der Bewegung kapitulieren. Und keine Tat könnte den Plänen aller Scharfmacher und Heher einen schwereren Schlag versetzen, als wenn in der roten Woche unseren Organisationen eine imposante Zahl neuer Mitglieder zugeführt werden könnte. Wer die Wucht eines solchen Schlags erkannt hat, wird keine Minute der roten Woche verstreichen lassen, um ihn zu verstärken.

Stehen die Arbeitermassen in geschlossenen, starken Organisationen hinter ihren Vertretern im Parlament, dann werden diese mit um so größerem Recht und stärkerem Nachdruck den Forderungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Durchbruch verhelfen können. Der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Klassen wird letzten Endes auf politischem Gebiete ausgefochten. Darum:

Gleich in die politischen Organisationen!

In der Werkstatt, in der Fabrik, im Familien- und Freundeskreise, bei jeder Zusammenkunft von Arbeitern muß die Frage gestellt werden:

Gehörst du einer politischen Organisation an?

In der roten Woche muß diese Frage jederzeit auf allen Wegen und Stegen widerhallen. In jedem Blick muß die Frage ausleuchten: Bist du organisiert? Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Organisierte muß in der roten Woche von dieser Frage zunächst alles zurückstellen. Es muß Ernst damit gemacht werden, das Heer der Arbeit für jeden Augenblick kampfsähig zu machen. Das kann nur in geschlossenen Organisationen geschehen, wo sich die Schulung zu allen Kämpfen vollzieht.

Wer das nicht weiß, dem muß es eindringlichst gelehrt werden! —

Hinaus mit der arbeiterfeindlichen Presse aus der Familie, aus der Wohnung des Arbeiters!

Das ist die zweite Aufgabe der Agitation in der roten Woche. Es ist schier vergebliche Mühe, Arbeiter für die Organisation zu werben und zu erhalten, so lange das Gift der Lüge, die bürgerliche Zeitung ihr Heim verpestet. In demagogischer Weise, mit Falschheit und Verschlagenheit, mit sensationeller Raffiniertheit, unter Aufschmelzung der Lästernheit, kurz, mit allen Untugenden der verkommenen bürgerlichen Gesellschaft sucht die bürgerliche Presse die Opfer der kapitalistischen Ausbeutung zu betäuben und auf falsche Bahnen zu leiten. Für solche Lektüre die wenigen Arbeitergroßen noch zu schmälern, ist ein Verbrechen an sich selbst und seiner Familie.

Die einfachste Logik müßte den Arbeitern, die noch bürgerliche Blätter abonnieren, dies lehren: Was den Ausbeutern der Arbeiter, den bestehenden Klassen dient, kann nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Wenn Ausbeuter „ihre“ Arbeiter zwingen, bürgerliche Blätter zu abonnieren, so tun sie es, um die Arbeiter zu verblöden, damit sie nicht an die Abschüttelung des Joches der Ausbeutung und Unterdrückung denken sollen. Die Verfol-

gung und Verleumdung von Arbeiterblättern durch die herrschenden Klassen geschieht deshalb, weil die Arbeiterpresse den Arbeiter lehrt, was die Ursache seines Elendes ist, nämlich die Ausbeutung seiner Arbeitskraft, und weil sie ihm zeigt, wo seine Feinde stehen.

Also hinaus mit der arbeiterfeindlichen Presse! Arbeiter müssen Arbeiterzeitungen lesen und abonnieren!

Genossen und Genossinnen! Auf, an die Arbeit! Neue Leser der Arbeiterpresse und neue Mitglieder für die Arbeiterorganisationen müssen in Masse gewonnen werden. Die rote Woche muß zu einer Schredenswoche für die Feinde der Arbeiter werden!

Lue jeder seine Pflicht! Es muß ein Stolz für jeden sein, helfend und merbend Erfolge aufzuweisen.

Glück auf zur roten Woche!

Kampf um die Macht.

Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wird von den Unternehmern mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Wenn organisierte Arbeiter von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch machen, um ihre Organisation zu stärken und den unorganisierten Arbeitern wegen ihrer Pflichtveräußerung — denn das Fernbleiben von ihren Gewerkschaften ist Pflichtveräußerung — Vorhaltungen machen, dann schreien die Unternehmer über Terrorismus, der gegen die Unorganisierten verübt werde. Sie wissen, daß die Gewerkschaften für die Besserstellung der gesamten Arbeiterschaft sorgen und kämpfen. Das widerspricht ihrem Ausbeuter-, ihrem Profitinteresse.

Könnten sie daher erreichen, daß den Gewerkschaften das Lebenslicht ausgeblasen werden könnte, dann wäre ihr Ziel erreicht. Die unbeschänkte Ausbeutung der Arbeiter durch Ausnahmegeetze nicht so leicht zu erreichen, weil die organisierten, klassenbewußten Arbeiter mit der ganzen Macht ihrer Organisationen dagegen ankämpfen. Da versucht man es, mit anderen Mitteln, die Macht der Arbeiterorganisationen zu brechen oder wenigstens deren Wachstum zu hindern. Polizeiliche Schikane der Gewerkschaften, rigorose gerichtliche Bestrafungen der leichtesten, oft nur künstlich konstruierten Vergehen stehen dem Unternehmertum in seinen arbeiterfeindlichen Bestrebungen hilfreich zur Seite. Auch dies verhindert das Vorwärtstreiben der Gewerkschaften nicht, wenn es auch ihre Agitation erschwert.

Das unerschämteste Mittel wenden brutale Unternehmer gegen Arbeiter direkt und persönlich an, um die Arbeiter an der Wahrnehmung ihrer Rechte zu verhindern. Sie verbieten es den Arbeitern einfach, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Diesem Verbot brauchen sich zwar die Arbeiter nicht zu fügen, tun sie es aber nicht, dann werden sie aus der Arbeit entlassen. Mit der Hungerpeitsche werden sie von ihrem „Brothern“ zur Selbstentrechnung gezwungen.

Wie unendlich tief ein solches Verfahren steht, wie infam und menschenunwürdig es ist, empfinden solche profitgierige Ausbeuter gar nicht mehr. Wären die Arbeiter nicht schon durch die Gewerkschaften gut diszipliniert, es käme bei solchen Gewalttaten wahrscheinlich oft zu Szenen, die den sozialen Krieg in der rohsten Form entfesselten. In manchen Fällen legen es gewissenlose Unternehmer geradezu darauf an, die Arbeiter zur gewalttätigen Empörung zu provozieren, damit sie dann mit den Machtmitteln des Staates niedergelknüpelt werden können. Weil aus solchen Vorkommnissen die Arbeiterfeinde das Recht für sich herleiten könnten, mit um so strengeren, ja Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiter vorzugehen, hüten sich die Arbeiter, in diese Falle zu gehen. Freilich müssen sie dann oft das an ihnen begangene Unrecht erdulden, ja vielleicht noch größere Hungerstrafe erleiden, wenn sie nicht ihre Sache der Hilfe der Gewerkschaften anvertrauen.

Die Gewerkschaften haben schon mancher derartigen brutalen Unternehmertat die Spitze geboten und die Arbeiterhinder zum Rückzug bewogen. Ja, die Gewerkschaften sind die berufene Macht, gegen das brutale Unterfangen mit Erfolg vorgehen zu können. Sie sind es, die den Arbeitern das Recht ihrer Organisation erst uneingeschränkt erkämpfen müssen, obgleich ihnen dies Recht durch Gesetze gewährt ist. Nur werden die Koalitionsgeetze von den Unternehmern nicht respektiert, wenn sie Arbeiter zu ihren Zwecken und in ihrem Interesse aus-

Für sich nimmt das Unternehmertum die Koalitionsgeetze uneingeschränkt und in allem Umfange in Anspruch. Es hindert sie auch nichts daran, selbst dann nicht, wenn sie mit den unfairsten, terroristischen Mitteln davon Gebrauch machen. Der „Terrorismus“ gewerkschaftlicher Agitatoren kommt an den Galgen, aber der Terrorismus

des Unternehmertums — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes;

Die Fälle, daß Unternehmer Arbeitern bei Strafe der Entlassung aus der Arbeit verbieten, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, mehren sich. In auffälligem Widerspruch damit steht die Tatsache, daß die Unternehmerorganisationen und auch die Zahl ihrer Mitglieder sich rapid vermehren.

Was nun dem einen recht ist, sollte dem andern doch billig sein. Aber es zeigt sich hieran, daß das Unternehmertum alle Macht für sich in Anspruch nimmt, um die Arbeiter machtlos zu machen. Wie es aber auch seine wirtschaftliche Uebermacht anwenden und mißbrauchen mag, die Arbeiter machtlos zu machen, dazu reichen alle Feinessen oder brutalen Uebergriffe nicht.

So weit sind die klassenbewußten Arbeiter bereits vorgeschritten, daß sie nicht nur gegen die direkte Vergewaltigung der Arbeiter in einzelnen Betrieben oder ganzen Berufsgruppen den offenen Kampf entgegensetzen, sie sind auch den Augenblick kampfbereit, wenn man sie heimtückisch durch Ausnahmegeetze rechtlos und machtlos machen will.

Diese in unserer kampffreien Zeit bedeutende Stellung haben sie sich durch ihre Organisationen erungen. Die Arbeiterorganisationen sind sogar das bedeutendste Kulturmonument unserer Zeit. Das begriff seinerzeit schon Johann Jacobi sehr wohl, der das Wort prägte: Für den künftigen Kulturhistoriker wird die Gründung des kleinsten Arbeitervereins von größerer Bedeutung sein, als der Schlagsack von Sadowa! Möchte diese Erkenntnis bald alle Arbeiter durchdringen, damit sie durch den Beitritt zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen deren Kulturbedeutung erhöhen und ihnen immer größere Macht zur Vertretung der Arbeiterinteressen verschaffen. Alle Angriffe der Arbeiterfeinde müssen an den Organisationen der Arbeiter zerbrechen. Dazu muß jeder Arbeiter mit helfen.

Reichstagsbrief.

In der vorigen Woche wurden die Beratungen des Reichstags ausgefüllt mit den Etats des Reichseisenbahnamtes und der Reichseisenbahnen. Das Reichseisenbahnamt ist in Deutschland eine mehr dekorative Behörde, die aber gleichwohl die Zielscheibe für alle Wünsche ist, die auf Beseitigung von Mißständen auf allen Bahnen des Reiches gerichtet sind. Obgleich die meisten Eisenbahnen Eigenbesitz der Partikularstaaten sind, fließen die Interessen aller Bahnen doch ineinander, so daß die Kritik im Reichstage weit ausgreifen kann, ohne daß ihr die stereotype Ausrede entgegengehalten werden kann, diese Angelegenheiten gehörten nicht zur Kompetenz des Reichseisenbahnamtes. Vielmehr hat der Genosse Stolle, der vor Jahrzehnten diese Frage anschnitt, immer wieder auf Grund der Reichsverfassung das Reichseisenbahnamt aufgefordert, von seiner Kompetenz den rechten Gebrauch zu machen und bessernd in die Eisenbahnverhältnisse einzugreifen.

Freilich, der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach haßt selbstherrlich im preussischen Eisenbahngelände und macht seine eigene Politik. Dagegen wagt das Reichseisenbahnamt nichts zu tun, weil der Reichskanzler als preussischer Ministerpräsident auch die preussische Eisenbahnpolitik billigt. Diese ist echt kapitalistisch auf große Uebererschüsse gerichtet, die jährlich Hunderte von Millionen betragen. Natürlich auf Kosten des Eisenbahnpersonals sowohl, als des lieben Publikums.

Besonders die unteren Eisenbahnbeamten werden ebenso rücksichtslos ausgebeutet, wie in privatkapitalistischen Betrieben. Gegen diese Ausbeutung wandten sich die Genossen Hasenjaß und Stolle, die bessere Bezahlung und bessere Behandlung der unteren Beamten verlangten und außerdem manchen Mißstand zur Sprache brachten. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes, Wackerzapp, konnte nichts in Worte stellen, aber er suchte in seiner deprimierten Stellung für vieles Entschuldigung, sich seiner Ohnmacht gegenüber der preussischen Annahme wohl bewußt.

Eine Folge dieser Annahme ist der preussisch-sächsischer Eisenbahnkrieg, der wieder zur Sprache kam, vom Reichstag angezettelt, weil es Sachsen zwingen will, in die preussisch-sächsische Eisenbahngemeinschaft einzutreten, um immer mehr den Oberbefehl über deutsche Eisenbahnen zu erlangen, während eine vernünftige Eisenbahnpolitik darauf gerichtet sein muß, alle Eisenbahnen Deutschlands in Besitz und unter die Verwaltung des Reiches zu bringen. Eher wird keine Einheitslichkeit in das deutsche Eisenbahnwesen kommen.

Da die sächsisch-thüringischen Eisenbahnen der Verwaltung des preussischen Eisenbahnministers mit unterstehen,

So hatte dieser beim Statistiker Reichs Eisenbahnen Rede und Antwort zu stehen. Eine große Anzahl dringlicher Wünsche wurden ihm von elsaß-lothringischen Abgeordneten vorgetragen, von denen die wenigsten auf Erfüllung rechnen dürfen, denn der preussische Eisenbahnpotential ist ein eingeselehter Bureaucrat und vor allem kein Arbeiterfreund. Seiner Ueberschummerei sind die Arbeiter zu „begehrlich“, gerade aus ihren Knochen wird Profit geschunden. Der Herr muß darum von den Arbeitervertretern im Reichstag harte Kritik vernehmen, die freilich an seiner eisenstirnigen Starrheit abprallt; er fühlt sich nur den preussischen Junkern verpflichtet.

Das letztere ist auch die Ursache, daß er sich gegen die Kanalisierung der Mosel und Saar wendet, die von verschiedenen Seiten als eine dringliche Kulturaufgabe verlangt wurde. Preußen muß eben erst überwunden werden durch die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, ehe in Deutschland große Kulturaufgaben gelöst werden können.

Kundschaun.

Behördlicher Terrorismus gegen Gewerkschaften. Daß sich viele ostpreussische Behörden besonders kampfhaft bemühen, die Gewerkschaften zu schikanieren und zu bedrücken, und daß sie selbst vor Ungeheuerlichkeiten nicht zurückschrecken, ist hinreichend bekannt. Unter dieser behördlichen Verfolgungs- und Schikanierrung hat auch der Deutsche Bauarbeiterverband in Stallupönen seit langem zu leiden. Kaum hatte er irgendwo ein Lokal zu einer Sitzung oder Versammlung erhalten, so mußte ihm eine „unbekannte“ Macht das Lokal wieder abzutreiben. Lange war es nicht möglich, über das behördliche Vorgehen dokumentarische Beweise zu erhalten. Nun hat der Organisationsvertrauensmann von einem Wirt folgenden Brief erhalten, der das behördliche Treiben grell beleuchtet:

Geehrter Herr!
Da wir hier am Orte frische Anfänger sind und von der Polizei zu viel beobachtet werden, Ihre Sitzungen uns lieb und angenehm sind, damit wir etwas verdienen, und auch das Fest von der Jungung große Freude bereitet hat, so muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß ich mein Lokal zu Versammlungen nicht mehr hergeben kann, da nach der letzten Versammlung die Polizei hier gewesen ist und sich danach erkundigt hat und meinte, wenn wir Strafe zahlen wollten, so kann ich das Lokal dazu hingeben. So bitte ich, zur nächsten Sitzung ein anderes Lokal in Anspruch nehmen zu wollen.

Nachachtungsvoll (folgt Unterschrift).
Das Interessanteste an diesem Brief ist, daß er eine Woche nach den Reichstagsverhandlungen geschrieben wurde, bei denen das Treiben der Arbeiterfeindlichen Gesetzesverächter aufs schärfste gegeißelt wurde. Die ostpreussischen Behörden pfeifen auf den Reichstag — sie machen sich ihre Gesetze selbst. Und so muß ein Mann, ein bürgerlicher Wirt, dem die Sitzungen der Gewerkschaft „lieb und angenehm“ sind und dem ein Arbeiterfest „große Freude“ bereitet hat, auf die Beherbung der Gewerkschaft und auf seinen Verdienst verzichten, weil es die preussische Behörde so will. Das ist die berühmte „bürgerliche Freiheit“ und die Achtung preussischer Behörden vor dem Gesetz!

Unbestrafter Terrorismus. In dem sonst so stillen Hartzstädtchen Bennedenstein ist vierzehn Tage lang große Aufregung gewesen. Der Holzarbeiterverband hatte eine Zahlstelle gegründet, der nahezu alle Holzarbeiter beigetreten waren. Den Unternehmern passte das nicht. Hatten sie doch alle Ursache dazu. Die Löhne der Tischler, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter schwanken zwischen 20 und 32 1/2 Stundenlohn und zwar für erwachsene Arbeiter, die zum Teil 10 bis 15 Jahre in den Betrieben beschäftigt sind. Der Anfangslohn beträgt in der Regel 20 1/2 die Stunde. Verläßt ein Arbeiter den Betrieb und hat er mittlerweile eine Zulage erhalten, und fängt dann später wieder an, so bekommt er eben wieder 20 1/2 Stundenlohn.

Die Unternehmer in Bennedenstein, die so sehr gerne über den Terrorismus der Arbeiter schimpfen, taten sich nun zusammen und erließen unter Führung des Herrn Lohoff, Hauptmann der Reserve, folgenden Anschlag: „Anteziehmte Arbeitgeber haben beschlossen: Jeder Arbeitnehmer, der dem Holzarbeiter-Verband angehört, bezug. seinen Zutritt aus demselben nicht bis Sonnabendmittag darauf erlaubt hat, ist am Sonnabendabend um 8 Uhr zu entlassen.“

(Folgt 17 Unterschriften.)
Hand in Hand damit ging eine Hez der Unternehmer. Die Frauen wurden aufgesucht und zu bestimmen gesucht, ihre Männer von der Organisation fernzuhalten. Klüppeln wurde gedroht, daß versucht würde, ihnen die Kränze zu kürzen und die übrigen Unternehmer würden die Entlassenen nicht beschäftigen. Dem Vertreter der Organisation wurde gedroht, ihn aus dem Ort zu werfen usw. Die Bürgerlichkeit stand vielfach auf Seiten der Arbeiter; auch der Bürgermeister hatte erklärt, daß die Löhne zu niedrig seien. — Leider fanden die Arbeiter nicht fest. Diesen ausgebeuteten, von der Not zermürbten Arbeitern fehlte die Widerstandsraft.

Ein Wunder ist geschehen! Der seltene Fall, daß ein Arbeitgeber gegen § 153 der Gewerbeordnung bestraft wird, ist aus Tilsit zu registrieren, freilich ist die Strafart und die Strafhöhe außerordentlich milde ausgefallen.

In Tilsit schloß sich im vorigen Jahre während der Absperrung der Kaler der Malermeister Augustat der Arbeitgeberverbände nicht an. Das rief unter seinen Kollegen Entrüstung hervor. Als ihn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Malermeister Weber, während des Kampfes gegen die Gesellen auf der Straße traf, erhielt er von dem Herrn Vorsitzenden einen Stoß mit dem Ellenbogen, daß er tannelte, die Hilfe der Ärzte in Anspruch nehmen mußte und längere Zeit arbeitsunfähig war. Obwohl hier ein klarer Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung vorliegt, wurde Herr Weber, der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation, vom Schöffengericht nur zu 10 1/2 Geldstrafe verurteilt. Dieses ersaunlich gelinde Urteil wurde auch von der Strafammer bestätigt.

Wieviele Monate Gefängnis hätte wohl ein Arbeiter erhalten, der in dieser Weise „terrorisiert“. Auch wenn er einen Arbeitswilligen nur wörtlich beleidigt hätte, wäre die Strafe der Art und der Höhe nach anders ausgefallen.

Arbeitslosensfürsorge. Im heftigsten Landtage haben unsere Genossen den Antrag gestellt, in das Budget für 1914 den Betrag von 50.000 1/2 einzustellen und an solche Gemeinden Zuschüsse zu leisten, die Arbeitslosensfürsorge gewähren. Die Regierung verhielt sich ablehnend und verwies auf das Reich. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer ersuchte nun die Regierung, im Bundesrat auf Einstellung von Geldern für Arbeitslosensfürsorge hinzuwirken. Die Regierung will eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit in Hessen ausarbeiten.

Jugendbewegung und Vereinsgesetz. Gegen Genossen Max Peters ist Anklage erhoben worden wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber dem berichtigten § 17 des Vereinsgesetzes. (Vergehen gegen § 110 des Strafgesetzbuches.)

Peters, der des gleichen Delikts wegen Pfingsten 1911 in Halle auf zwei volle Tage eingesperrt worden, aber schließlich von zwei gerichtlichen Instanzen freigesprochen werden mußte, soll diesmal das Verbrechen in einer öffentlichen Jugendversammlung in Breslau am 22. November begangen haben. Sogleich nach Eröffnung der Versammlung ersuchte der Polizeibeamte die Jugendlichen unter 18 Jahren, das Lokal zu verlassen, da die Zusammenkunft nach Ansicht der Behörde politisch sei. Peters als Referent erklärte, dazu habe die Behörde überhaupt kein Recht. Auch das störende Eingreifen des Beamten sei gesetzlich ungerechtfertigt. Die Versammlung sei ausdrücklich als unpolitische Jugendversammlung einberufen worden, und er übernehme für einen unpolitischen Verlauf die Verantwortung. Die Erklärung hatte die Wirkung, daß nicht ein einziger der in großer Zahl anwesenden Jugendlichen den Saal verließ. Da sich auch der Beamte beruhigte, konnte die Versammlung ohne Störung verlaufen.

Trotzdem erhielt Peters die Mitteilung, daß der Staatsanwalt Anzeige gegen ihn erstattet habe und das Hauptverfahren eröffnet worden sei. Die Verhandlung findet am 11. März vor der 3. Strafkammer des Landgerichts in Breslau statt.

Frauenarbeit. 18689 weibliche Lehrlinge zählt eine Statistik des Verbandes für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau auf Grund einer Umfrage bei den Handwerks- und Gewerbetammern. So groß die Zahl erscheint, so entspricht sie sicher nicht annähernd den tatsächlichen Verhältnissen. Denn die Ausdehnung der Handwerksverfassung auf die Frauen, die vorschreibt, daß nur Meisterinnen Lehrlinge ausbilden dürfen, und daß die weiblichen Lehrlinge und Gesellen denselben Bildungsgang nachweisen müssen, wie ihre männlichen Kollegen, ist noch viel zu neu, als daß die Kammern vollständig auf dem Laufenden sein könnten. Außerdem unterliegen auch nur gewisse Berufsbedingungen. Es sind vor allem die Schneiderinnen, deren Zahl denn auch am größten nach der Statistik ist. Unter den 18.689 Lehrlingen, die in die Lehrlingsrollen eingetragen waren, wurden 14.264 Schneiderlehrlinge gezählt, und zwar davon in Preußen 7293, in dem übrigen Deutschland 6971. Hinter ihnen steht die Zahl der Buchmacherlehrlinge mit 3886 im ganzen Deutschen Reich weit zurück, und ihnen folgen im großen Abstand mit nur 141 die Friseurinnen. Ihre geringe Anzahl, sowie die der Weingärtnerlehrlinge — es sind 107 — läßt darauf schließen, daß diese Berufe nur in wenigen Bezirken als Handwerk betrachtet werden.

Eine Reihe von Kammern ist dazu übergegangen, Frauen in die Gesellenprüfungsausschüsse und die Meisterprüfungskommissionen zu wählen. In den ersteren hat z. B. Schwerin 102 Frauen, in den letztgenannten 52. In Oldenburg hat man eigene Ausschüsse und Kommissionen für Schneiderinnen und Buchmacherinnen nur an Frauen gebildet. In einigen Bezirken steht jedoch die Regelung dieser Frage, die für das weibliche Handwerk von großer Bedeutung ist, noch ganz aus. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die Zahl der Meisterinnen, die heute 2123 beträgt, in den folgenden Jahren rasch zunimmt.

Eine schwarz-weiß-rote Woche. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das „offizielle Organ der nationalliberalen Partei Deutschlands“, beschäftigt sich mit unserer roten Woche, natürlich unter dem unvermeidlichen Gesichtspunkt über den Zwang zur Organisation, der ausgeübt werden solle. Dennoch gefällt den Nationalliberalen der Gedanke einer besonderen Agitationswoche so gut, daß sie ihn „expropriieren“ möchten. Es soll eine „schwarz-weiß-rote Woche“ veranstaltet werden, und bereits erfolgen Rat schläge, wie sie zu arrangieren wäre: „Jeder werde in diesen Tagen nur ein Mitglied und unsere Zahl ist verdoppelt. Hebt die Verbandszeitschriften auf und verteilt sie in der Zeit vom 8. bis 15. März an unorganisierte, verteilt Flugblätter in Massen und laßt euch von den Genossen nirgends einschüchtern. Die Gerechtigkeit unserer Sache gewährleistet uns den Sieg. Wohlan, der rote Anstrich soll uns gerüstet und schlagfertig finden!“ Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt diese Idee für gut und wünscht natürlich dem schwarz-weiß-roten Anstrich vielen Erfolg. Wir versprechen uns davon zahlreiche heitere Episoden! Auch eine besondere Anregung für unsere Genossen, nun erst recht für unsere Organisationen zu werden, liefert dieser schwarz-weiß-rote Gedanke.

Die Anerkennungsschreiben der Streikbrecherlieferanten. Bei dem Bemühen, neue Kundschaft für Streikbrecherlieferungen zu erwerben, legen die Herren Streikbrechervermittler Anerkennungsschreiben der Unternehmer vor, worin ihnen die Vorzüglichkeit der von ihnen gelieferten Waren attestiert wird. Welchen Wert diese Anerkennungsschreiben in Wirklichkeit haben, sei hier an einem konkreten Fall dargestellt. Die Firma Lindenberg & Mayer paradiert mit einem Anerkennungsschreiben der Hessischen Aktienbrauerei, Kassel. Dieses Zeugnis, das am 20. Juni 1913 ausgestellt ist, lautet nämlich:

„Aus Veranlassung eines Streiks unseres gesamten Personals bekamen wir durch die Firma Lindenberg & Mayer in Wandersbed 49 Leute, mit denen wir den Betrieb acht Tage lang, vom 15. bis 21. Juni, bis zur Bellegung

der Differenzen aufrecht erhielten. Wir waren mit der Führung und Arbeit der Leute, sowie mit der Aussicht und den Dispositionen der Kontrolexure aufs beste zufrieden und sprechen der Firma gern unsere vollste Anerkennung für die glatte Abwicklung der Angelegenheit aus.

Hessische Aktienbrauerei Kassel.

Dagegen höre man, was der Direktor und der Braumeister des Betriebes nach Beendigung des Streiks über die Arbeitswilligen und ihre Leistungen zu sagen hatten. Der Braumeister Rose schildert die Hingebunden wie folgt:

„Um 8 1/2 Uhr morgens kann ich nicht mehr garantieren, daß sie noch nüchtern sind.“

Und der Direktor Doornkaat hatte folgendes festzustellen:

„Wo diese Leute gehaust haben, kann man es keinem andern Arbeiter zumuten, hinzugehen, ohne daß vorher gereinigt wird.“

Dazu ist noch zu sagen, daß die Hingebunden die Schränke erbrochen und die Kleidungsstücke der Streikenden hatten mitgehen heißen, wovon die Betriebsleitung auch Kenntnis erhielt.

Und trotzdem dieses „Anerkennungsschreiben“? Es scheint, als ob es von der Schadenfreude diktiert ist, damit andere Betriebe auch darauf hineinfallen sollen.

Ein Hirtenbrief gegen das Zentrum. Soeben hat der Erzbischof von Köln, Dr. Felix v. Hartmann, seinen Pastoralhirtenbrief erscheinen lassen, der ein zurzeit außerordentlich aktuelles Thema behandelt: das Gebot der Sonntagsruhe. Der Kölner Erzbischof stellt sich darin in striktem Gegensatz zu der Haltung, die gegenwärtig das Zentrum im Reichstage einnimmt. Mit allem Nachdruck weist er hin auf das göttliche und kirchliche Gebot der Sonntagsheiligung, und mit berebten Worten fordert er, daß die Gläubigen aus religiösen Gründen diese Gebote streng befolgen sollen. „Ich bin zu euch gekommen im Namen Gottes, also Gesandter Gottes. Also Gottes Gebote soll ich euch verkünden, Gottes Gebote, deren Erfüllung für uns alle unabwendbare Pflicht und zugleich unerlässliche Bedingung unseres zeitlichen und ewigen Glückes ist.“ Eines der wichtigsten Gebote ist aber, so sagt der Erzbischof weiter, die Forderung der Sonntagsheiligung:

Wie nachdrücklich und bestimmt gibt der Herr dieses Gebot! Von der Höhe des in Flammen gehüllten Berges unter Donner und Blitz ruft er uns zu: „Sechs Tage magst du arbeiten; am siebenten Tage aber ist Sabbat des Herrn, deines Gottes, an ihm sollst du ruhen, noch dein Sohn, noch deine Tochter, noch dein Knecht oder deine Magd, noch der Fremde, der in deinem Hause ist, sich mit Arbeit beladen.“ Gottes Gebot verpflichtet uns, den Sonntag zu heiligen, aber auch ein strenges Gebot unserer heiligen Kirche legt uns dieselbe Verpflichtung auf. Darum bitte und beschwöre ich euch, entseht den Sonntag doch nicht durch knechtliche Arbeiten, welche der allmächtige Gott, der einstige Richter, so streng verboten hat.

Der Hirtenbrief des Herrn v. Hartmann donnert dann gegen die ungezügelte Habgucht, die so sehr die Welt beherrscht, daß sie den Armen die notwendige Sonntagsruhe verkümmern lasse, und er weist schließlich hin auf die schlimmen sittlichen Schäden der Sonntagsentheiligung: Sinnlichkeit, Habgucht und Unruhe. Man kann sich kaum eine schärfere Verurteilung der Haltung des Reichstagszentrums zur Sonntagsruhe denken, als dieser Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs. Das Zentrum widerstrebt bekanntlich der vollständigen Sonntagsruhe mit allen möglichen Gründen und mit den kleinsten Mitteln. Ob es dabei kirchliche und göttliche Gebote verlegt, ist ihm anscheinend völlig gleichgültig — maßgebend ist für die „christliche“ Partei ausschließlich die Rücksicht auf die Wählerstimmen des kleinen Mittelstandes. Auf den Herrgott, auf Kirche und Religion pfeift sie einfach.

Berichte.

Magdeburg. Mitgliederversammlung vom 15. Februar. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Felne über die Entwicklungen der Gewerkschaften; 2. Verschiedenes. Der Referent schildert die Gesellenbewegung des Mittelalters. Das Wandern der Gesellen hatte den Zweck, die Berufsbildung zu fördern; aber die reisenden Gesellen waren auch gleichzeitig die Vermittler der Anschauungen und Gebräuche der Zeit, und nicht zum geringen Teil trugen sie die Bestrebungen der Gesellen von einem Ort zum andern. Schon im 15. Jahrhundert fanden Gesellenkongresse statt, und ebenso gab es Arbeitsstellen. Allerdings war deren Zweck nicht die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern es drehte sich um nebensächliche Dinge. Mit der kapitalistischen Entwicklung mußten auch die modernen Gewerkschaften entstehen. Schon in den Jahren nach 1860 lebten wir Organisationen der Tabakarbeiter und Buchbinder. Die erste zentrale Berufsorganisation war der 1866 unter Friedrich Führung gegründete Allgemeine deutsche Tabakarbeiterverein. Die Zentralisation lokaler Gewerkschaften ging weiter vor sich, gefördert auch durch allgemeine Kongresse (Berlin 1868). Gewerkschaften sind auch die Gründung des Arbeiterkassenverbands. Die Arde in den ersten Jahren 1870/71 vernichtete vieles, doch waren auf dem Kongress in Erfurt 1872 schon wieder über 11.000 Gewerkschaftler vertreten. Die Arbeitszeit war 16-19 Stunden und der Lohn sehr niedrig. Der Minister Camphausen erklärte 1875 im Reichstage: „Blickt man auf die Arbeiter, wenn auch schlechter!“ Er von dort 1877 herausgegebene Gewerkschaftskassenzettel zählte 30 Organisationen mit 40.000 Mitgliedern, darunter die Tabakarbeiter mit 8000. Dann kam das Sozialistengesetz, das auf die Gewerkschaften furchtbar wirkte. Auch unsere Tabakarbeiterorganisation mußte zu existieren aufhören. Aber nun konnte es natürlich den Unternehmern nicht, denn die Gewerkschaften sind eine geschichtliche Notwendigkeit. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kam neues Leben in die Reihen der Arbeiter, und heute zählen die in unseren Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Millionen. Redner fordert im Schlußwort, da eine Distinktion nicht stattd. zur gewerkschaftlichen Treue auf. Unter Verlesenes beschloß sich die Versammlung mit einem Antrag auf Wiederaufnahme zweier ehemaliger Mitglieder; dem Antrag wurde einstimmig entsagt. Der Mitgliedsauschuß teilte mit, daß gegenwärtig eine Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und zwar bis 7. März, in der Harmonie stattfindet. Eintrittspreis 10 1/2.

Siegen. Am 18. Februar fand hier eine von sämtlichen Arbeitern besuchte Kundgebung der Firma H. Sachler statt. Der Vorsitzende erklärte den Zweck der Versammlung und forderte zu einer Auswanderung an. Mehrere Kollegen teilten das Vorgehen der Firma Sachler, welches einschließen zu verurteilen ist. Sachler erklärte, wie die Firma Sachler im vorigen

Jahre, als sie ihren Betrieb hier eröffnete und zum Teil Arbeiter aus weiter Ferne engagiert und wohl alle der Meinung waren, daß sie mit einem dauernden Arbeitsverhältnis rechnen könnten. Aber die Firma Sachler hing bald an, ebenfalls ihr Teil in Fälligkeiten zu suchen; so eröffnete sie zuerst in Steinbach-Hallenberg eine Filiale, wo sie ganz erheblich niedrigere Löhne zahlte, dann wurde bald hinterher in Hildburghausen eine zweite Filiale eröffnet, auch wohl zu dem Zweck, an den Löhnen zu sparen, obwohl die Firma, welche nur bessere Sorten fabrizieren läßt, sehr gut in der Lage ist, die in diesen vereinstimmten Filialen zu zahlen. Aber was fragt man nach den Arbeitern; erst löst man sie aus anderen Betrieben heraus und dann schiebt man sie auf die Straße, und so sollen nun beinahe die Hälfte der Arbeiter entlassen werden. Dieses Verhalten ist ungerecht und muß entschieden bezurteilt werden. Aus diesem Vorgang ersehen wir wieder, daß alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen allerorts organisiert sein müssen, dann hört die Balgerei der Fabrikanten auf. Das Vorstandsmitglied Kollege Wenzel beurteilt ebenfalls in längeren Ausführungen das Verhalten der Firma Sachler, er appelliert an die Anwesenden, jederzeit treu zur Organisation zu halten; nur dadurch sind Missethäter zu bestrafen. Trotz der schlechten Konjunktur war es dem Verband möglich, im letzten Jahre für über 8000 Mitglieder bessere Lohnverhältnisse zu erwirken. Sodann wurde einstimmig beschlossen, daß die Fabrikationskommission und der Ganleiter mit der Firma Sachler in der Angelegenheit verhandeln soll.

Hamburg-Altona. Sektionsversammlung der Sortierer und Bekleber am Dienstag, 17. Februar. Tagesordnung: 1. Antrag der Delegierten auf Gewährung von Notstandsunterstützung; 2. Vortrag des Kollegen R. S. über: „Erziehung zum Klassenkampf“. Zum 1. Punkt der Tagesordnung führt R. S. aus: Die abnorme Arbeitslosigkeit als Folge der letzten Tabaksteuererhebung zeigt sich wieder in verstärkter Weise, so daß eine ganze Reihe Kollegen ausmüdet ist. Um diese Kollegen vor der äußersten Not zu schützen, ist es notwendig, ihnen eine weitere Unterstützung zu gewähren. Die Sektionsleitung stimmt dem Antrag der Delegierten zu und schlägt vor, eine Notstandsunterstützung von 1,80 M pro Tag in der 1. und 2. Klasse zu bewilligen. Die Dauer der Unterstützung wird nach Leistung von 52 Beitragswochen auf 1 Woche, nach 104 Beitragswochen auf 2 Wochen, nach 150 und darüber auf 3 Wochen festgelegt. Einstimmig erhebt die Versammlung diesen Antrag zum Beschluß. Er tritt sofort in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 26. April 1914. Zum 2. Punkt führt Kollege S. d. l. b. r. folgende aus: Uns modern organisierten Arbeitern sind die Worte Klasse, Klassengefühl, Klassenbewußtsein und Klassenkampf recht geläufig. Um so verhängt jedoch klugere sie in den Ohren unserer Gegner, in deren Harmoniepredigten diese Worte absolut nicht hineinpassen. Marx und Engels belehren uns, daß die Geschichte jeder bisherigen Gesellschaftsform die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die Wahrheit dieses Satzes kann auch ein „Gebildeter“ nicht ganz ignorieren. Von den Kämpfen der Freien und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Feudalherren und Leibeigenen, Junktoren und Junktorenproletarier lehren auch die höheren Schulen etwas. Wenn es also auch nach Ansicht der Gebildeten Klassenkämpfe gab, so braucht es solche jetzt doch nicht mehr zu geben. Es ist demagogisch von uns, wenn wir von der Arbeiterklasse als einer unterdrückten Klasse reden. Der Arbeiter ist rechtlich frei geworden, deshalb gäbe es eine unterdrückte Klasse nicht mehr. So sprechen die Deutlichen, die recht wohl wissen, daß der Arbeiter ökonomisch Sklave ist. Andere unter unsen Gegnern bestritten die Existenz der Klassegegensätze nicht, sie glauben jedoch, daß sich dieselben abschaffen oder doch mindestens mildern lassen. Hier ist die Ursache weniger Wohlheit als ökonomische und historische Unwissenheit. Die von Marx und Engels begründete materialistische Geschichtsauffassung hat als Konsequenz, daß auch in der Gegenwart Klassenkämpfe die Basis der täglich zu beobachtenden politischen Kämpfe sind. Allerdings wird das der letzte Klassenkampf sein, denn er wird uns zur klassenlosen Gesellschaft führen. Dies alles wissen unsere Gegner. Deshalb will man uns drängen, daß wir uns nur um die Besserung und Verbesserung der Gewerbeordnung, der Sozialgesetze und des Versicherungswesens kümmern. Würden sich die Arbeiter auf diese Bahn drängen lassen, so müßten sie auf eine gründliche Veränderung ihrer sozialen Verhältnisse verzichten. Ist ihnen aber damit geholfen? Nein! Deshalb ist die Frage: Wie erziehen wir den Arbeiter zum Klassenkampf? höchst wichtig. Der Arbeiter ist von vornherein empfänglich für unsere Klassenkampflehre. Das Leben selbst ist ihm die Vorstufe. Er sieht sich und tausend Andere zum Tode und Darben bestimmt und sieht, daß dieser Zustand nicht zu sein braucht. Er lernt, was es mit der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit auf sich hat und erlangt Klassengefühl. Dieses Klassengefühl ist in Klassenbewußtsein umzuwandeln, sei unsere vornehmste Aufgabe. Als Mittel dazu dienen uns die politische Organisation, das Arbeiterbildungswesen, die Arbeiterpresse und das Halten von diesbezüglichen Vorträgen. Je früher wir alle Arbeiter zu Klassenkämpfern erziehen, desto eher werde sich das Wort Johann Gottlieb Fichtes vom Reich des Lichts und der Gerechtigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenentität trägt, erfüllen. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen.

Woch. Am 22. Februar fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in der Ganleiter Schlichter-Vorford über: „Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter“ referierte. Redner führte etwa folgendes aus: Die Lage der Tabakarbeiter sei eine sehr traurige. Besonders die letzte Krise bringe viel Unheil über dieselben. Große Arbeitslosigkeit, Elend und Jammer seien die Folgen. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter sei sowieso nicht der beste, und sei es daher nicht verwunderlich, daß die Tabakarbeiter, besonders in Westfalen und Süddeutschland, noch fändliche Arbeiten nebenbei betreiben, um etwas anständiger leben zu können. Hier könne nur eine stamme Organisation Remedur schaffen. Die Tabakarbeiter könnten mit Recht als die Pioniere der Arbeiterbewegung gelten. Schon 1830 seien dieselben in Hamburg tätig gewesen. Ebenso auch 1860. Besonders hätte Friedrich durch sein kräftiges Eingreifen sich die große Anerkennung der damaligen Tabakarbeiter erworben. Große Kämpfe hätten unter der Leitung dieses Mannes stattgefunden. Die Tabakarbeiter hätten sich nicht gebeugt. 1870 sei die Glanzzeit der Tabakarbeiter gewesen. Redner schildert dann, wie von dieser Zeit an die Tabakindustrie, durch die immer wiederkehrenden Tabaksteuern allmählich niederging und weiß auf die hierdurch entstehenden Begleiterscheinungen hin. Redner bespricht dann die Lebenslage der Tabakarbeiter im allgemeinen und weist nach, daß dieselben sich immer mehr verschlechtern. Hunde- und Katzenfleisch werde von vielen schon gegessen, da ihnen das nötige Geld für anständigere Ware fehle. Angesichts dieser traurigen Tatsachen sei es doppelte Pflicht der Arbeiter, auf dem Posten zu sein. Große Kämpfe hätten schon stattgefunden und diese würden noch folgen. Da gilt es für uns Tabakarbeiter, sich zu rufen. Die Organisation muß besser ausgebaut werden, damit wir, wenn die Stunde schlägt, geschlossen, denn sie zusammenstehen. Kämpfen müssen wir und kämpfen wollen wir für eine bessere Zukunft. Reicher Beifall folgte diesen Worten. Anschließend hieran fand eine Mitgliederversammlung statt, in der infolge vorgeschriebener Mittagsruhe nur zwei Punkte erledigt werden konnten. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab der bisherige Vertrauensmann Kollege A. o. m. s. Demselben wurde einstimmig Entlastung erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt Kol. B. r. g. r. s. als 1., Peter Marx als 2. und Joh. A. o. m. s. als 3. Bevollmächtigter. Zu Revisoren wurden Heinrich Adams und Janßen gewählt.

Frankenberg. Mitgliederversammlung am 22. Februar. Tagesordnung: 1. Wahl eines 2. Bevollmächtigten; 2. Wahl einer Kollegin in die Agitationskommission; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, erheben sich die Versammelten zu Ehren des verstorbenen Kollegen Voh von ihren Plätzen. Zum 2. Bevollmächtigten wird einstimmig Kollege W. P. s. l. f. gewählt. Dem vom Ort scheidenden langjährigen Kassier-Kollegen W. P. s. l. f. wurde von den Anwesenden für seine treue Mitarbeit in unserer Poststelle gedankt. Kollege Köhler dankt für das Vertrauen, welches ihm von den Kollegen entgegengebracht worden ist während seiner Amtszeit und bittet, dies nunmehr seinem Nachfolger zu übertragen. An Stelle von Frau Köhler wird

die Kollegin Engelmann in die Agitationskommission gewählt. Den Kartellbericht erstattet Kollege Friedrich. Als wesentlicher Punkt ist der Beschluß, den das hiesige Kartell betreffs der Saalfrage des Stadtparkes gefaßt hat, hervorzuheben. Es ist allen Kollegen bis auf weiteres zur Pflicht gemacht, diesen Park zu meiden. Durch die Wahl des Kollegen Pfeifer als zweiten Bevollmächtigten macht es sich noch notwendig, einige Punkte, die dieser innehat, klar zu legen; als Kartelldelegierter wird Schiller und in die Kontrollkommission A. t. n. r. gewählt. Unter Verschiedenes wird noch die Angelegenheit, die sich in der hiesigen Filiale der Firma Gaische zugetragen hat, erörtert und schiebt wir uns zu einer Berichtigung veranlaßt, da uns im vorigen Bericht ein kleiner Irrtum unterlaufen ist. Demnach möchten wir schlichten, daß der Kollege W. e. n. h. o. l. b. nicht entlassen worden ist, sondern sich durch das Verhalten seitens der Meister Krause und Schulte veranlaßt gefühlt hat, aufzutreten. Zum Schluß forderte Kollege Schiller die Anwesenden auf, zur Förderung des Verbandes mit tätig zu sein, wenn Kräfte zur geplanten Agitation benötigt werden.

Literarisches.

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? An die Stelle des Gesetzes vom 1. Juni 1870 trat am 1. Januar 1914 das neue Gesetz vom 22. Juli 1913. Was man billigerweise von dem neuen Gesetz erwarten durfte, war die Berücksichtigung der inzwischen vorgehenden ungeheuren Ausdehnung des Verkehrs, der Entlohnung des Handels und der Volkswirtschaft, die heute Hunderttausende Familien im Vaterlande selbst hin und her wirft und viele Tausende zwingt, im Auslande Erwerb zu suchen. Diesen Ansprüchen wird das Gesetz nicht gerecht. Nach wie vor bleibt der von einem Bundesstaat in den anderen übergewanderte Arbeiter im neuen Wohnsitz seiner staatsbürgerlichen Rechte beraubt, wenn er nicht die Staatsangehörigkeit hier erwirbt. Der ausländische Arbeiter unterliegt unter dem neuen Gesetz genau so der politischen Willkür, wie unter dem alten. Jede demokratische Gestaltung des Gesetzes steht auf unüberwindlichen Widerstand bei den bürgerlichen Parteien und bei der Regierung. Das neue Gesetz enthält auch nicht einen Hauch wirklicher liberaler Auffassung des Staatsgedankens. Es ist vielmehr der Ausdruck chauvinistischer reaktionärer Regungen. Das zeigt sich besonders in der Behandlung der Ausländer, der Ehefrauen und der Staatenlosen. Zwar hat man den deutschen Frauen, die durch Heirat eines Ausländers die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren haben, das Recht auf Wiedererwerb eingeräumt, aber gleichzeitig hat man dieses Recht abhängig gemacht vom guten Willen der Polizei- und Gemeindeführer ihres Wohnortes. Was das für die Witwe eines ausländischen Arbeiters, die ihre zahlreichen Kinder durch ihre Arbeit ernähren muß, zu bedeuten hat, bedarf keiner Darlegung. Den Staatenlosen hat man das Recht auf Einbürgerung eingeräumt, wenn sie im deutschen Reiche gebürtig sind. Aber man hat ihnen die Garantien zur Geltungmachung dieses Rechts verweigert. Das allein charakterisiert das Gesetz.

Diese Stellen entnehmen wir dem Vorwort der 2. Auflage des „Vorbereitungs“, von H. Weiss, die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen und zum Preise von 30 Pf. überaus zu haben ist.

Die Schrift ist gegenüber der 1. Auflage vollständig umgearbeitet worden und enthält viele Anmerkungen für den praktischen Tagesgebrauch. Eine Anzahl Formulare für die am häufigsten vorkommenden Eingaben erleichtern dem Laien die Benutzung der Arbeit wesentlich.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Herausgegeben von Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft zum Preise von 10 Pf.

Die Welt in Waffen. Kriege und Kriegsgut. Von Hugo Scholz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit 1860-1913. 60 Hefte a. 20 Pf. Jedes Heft ist reich illustriert.

Der Verfasser behandelt in seinem Werke die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts von dem Beginn des polnischen Aufstandes und seiner heldenmütigen Volkskämpfe, die die Polen aus der todbringenden Armierung des russischen Autokratens befreien sollten, bis zu den jüngsten Ereignissen im Balkan, bei denen zum Entsetzen aller Menschenseelen die Kriegskurie in all ihrer Schrecklichkeit: Frauenschändung, Ermordung von Greisen und Kindern, seine Wiederauferstehung feierte.

Das Werk folgt von jedem nach Aufklärung strebenden Arbeiter gelesen werden.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Crediteure Kolportage, sowie direkt der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin, entgegen.

Grundzüge des Kommunismus. Eine gemeinverständlich Darlegung von Friedrich Engels. Aus dessen Nachlaß herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis 50 Pf. Vereinsausgabe 20 Pf.

Ueber den Inhalt schreibt der Herausgeber Eduard Bernstein im Vorwort u. a. folgendes:

Wohl ist die Schrift weniger umfassend gehalten als das „Kommunistische Manifest“, auch führt sie nicht dessen klassische, epigrammatische gemerkte Sprache an, sondern eine schlag anschlag anknüpfende Sprache. Aber sie hat doch auch wieder ihre Vorzüge. Sie geht mehr auf bestimmte Einzelheiten ein und wird dadurch sowie durch die Behandlung des Inhalts in Frage und Antwort dem noch nicht in die sozialistische Ideenwelt eingedrungenen Leser leichter verständlich als das keine gedanklichen Darlegungen in den knappen Form der dardischen Manifeste, ohne dadurch weniger wissenschaftlich durchdacht zu sein als dieses. Man könnte sie mit Recht als eine Popularisierung der Kerngedanken des sozialistischen Manifestes bezeichnen, und gleichzeitig bietet sie auch wertvolle Ergänzungen dieses Meisterwerkes.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen.

Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung. Von Luise Ziegler. Heft 8 der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek. Ein: Prof. Ziegler, die in der Agitation gute Dienste leisten wird. Der Inhalt gliedert sich wie folgt: Die politische Organisation der Frau. — Die Mitgliederorganisation in den Versammlungen. — Die Danksagungen. — Die Arbeit bei weiblichen Mitglieder. — Die Mitarbeit der weiblichen Mitglieder. — Spezialliteratur Agitation. — Schlussfolgerungen. — Die Arbeit kommt gerade noch recht zum Frauentage. Sie ist besonders geeignet, den Frauen — die den Wert der politischen Organisation schon erkannt haben — als Ratgeber bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu dienen. Der Preis ist 30 Pf. In Organisationskreisen wird eine Ausgabe auf leichtem Papier bei Massenbezug zu billigen Preisen geliefert. Die Broschüre ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Die Vereinsausgabe ist nur direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnementpreis 3 Pf. pro Quartal. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Verbandsteil.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Neulandstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 22 — Telefon Nr. 6046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand des am 1. Januar 1914 aus dem Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Neulandstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 22, zu adressieren.

Wahl-Einheits- und Vertiefungen nur an B. Nieber-Wilhelm, Bremen, Neulandstraße 68/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 22. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Haus-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfach Nr. 5549 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Kollege, Bremen, Neulandstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 22, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Meiner, Bremen, Neulandstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 22, zu adressieren.
Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilden, Altona-Ottensen, Friedrichstraße 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Arbeitsnachweis.
Von den Arbeitsnachweisstellen wird mit Recht Klage darüber geführt, daß arbeitssuchende Kollegen die Arbeitsnachweisstellen umgehen und sich in sehr vielen Fällen direkt an die Arbeitgeber wenden. Wir weisen nachdrücklich an dieser Stelle darauf hin, daß jeder Arbeitssuchende verpflichtet ist, sich vorher an den Arbeitsnachweis zu wenden; auch dann, wenn ihm Arbeit von irgend einer anderen Stelle angeboten wird. In jedem Falle, wo dieses unbeachtet gelassen wird, ist das ev. Gehalt zu verweigern.
Dann aber auch besteht ein Missetat darin, daß die Arbeitssuchenden, denen Arbeit nachgewiesen wurde, von der Annahme der Arbeit keine Nachricht geben. Im Interesse eines Arbeitsnachweises liegt es, daß derjenige Kollege, dem Arbeit vermittelt ist, den Arbeitsnachweis benachrichtigt von der Annahme der Arbeit.

Jahresbericht für 1913.
Der Jahresbericht für 1913 ist soweit fertig gestellt, daß er demnächst dem Druck übergeben werden kann. Um die Auflage rechtzeitig fertig zu stellen, wird ersucht, umgehend die Anzahl der benötigten Exemplare anzugeben. Die Bestellungen sind bis 16. März auszugeben.

Als verloren gemeldet: Die Wandertarte, lautend auf B. von Gröningen aus Emscher, eingetr. 18. 5. 1901, Buchnummer S. II, 13 212, Nr. 3. Auf diese Wandertarte ist in Eullingen für 3 Tage = 4,80 M, ausgezahlt worden; es mehr darauf ausgezahlt worden ist, ist noch bekannt. (S. 236 A. S. 14.)

Das Mitgliedsbuch, lautend auf Hermann Henke aus Rauenburg, eingetr. am 8. 11. 1913. Serie und Buchnummer ist leider nicht angegeben. (S. 240 I. S. 14.)

Das Mitgliedsbuch S. II, 42 027, lautend auf Jakob Reiser aus Neudorf, geb. 17. 12. 1891. Mitglied seit 14. 7. 07. Nr. 2. (S. 300 B. S. 14.)

Wir bitten, im Vorzeigungsfall die als verloren gemeldeten Bücher oder Wandertarten anzuhalten und dem Vorstande einzuliefern.

Ohne Anmeldung abgereicht: Von Minden i. W. reiste ohne Anmeldung ab der Zigarrenmacher Adolf Bahn aus Havelberg, geb. 23. 5. 63. Mitglied seit 1. 8. 87. Buch 48 920, Nr. 3. Auf Mitgliedsbücher darf Wanderunterstützung nicht ausgezahlt werden. (S. 301 I. S. 14.)

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):

- 20. Februar: Hamburg B. 100.—, 21. Februar: Böttingen B. 150.—, Klein-Archburg B. 320.—, Magdeburg B. 200.—, Seesen B. 100.—, 23. Februar: Bölgig B. 100.—, Pirna B. 100.—, Bries B. 100.—, Leipzig B. 200.—, Altenburg B. 500.—, Bünde B. 400.—, Gollern B. 153,50.—, 24. Februar: Rostock B. 300.—, Rauhof B. 100.—, Brake i. Lippe B. 100.—, 25. Februar: Goldberg B. 150.—, Berlin B. 600.—, Dresden B. 200.—, 26. Februar: Dransleben B. 200.—, 27. Februar: Dortmund B. 25.—

Bremen, den 2. März 1914.
B. Nieber-Wilhelm, Kassierer.

Adressen der Bevollmächtigten.

- Leipzig (17):** 1. Bev. Otto Barth, Vorheimerstr. 67.
- Woch (4):** 1. Bev. Joh. Bürgers, Feldstr. 66; 2. Bev. Peter Marks, Bodelberweg 12.
- Baden-Baden (9):** 1. Bev. August Richter, Baden-Ostental, Steinadstraße 5.
- Krefeld i. Thür. (3):** 1. Bev. Wilh. Dehms, Kl. Rosenstr. 10.
- Frankenberg i. S. (11):** 2. Bev. Max Pfeiffer, Leichterstr. 12.
- Waldorf b. Heilsh. (7):** 1. Bev. Michael Vogel, Hauptstr. 38.
- Stuttgart (9):** 1. Bev. Arthur Steuer wohnt Böheimstr. 57 a, II, und nicht Böheimstraße.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A. u. = Arbeiterklassenunterstützung. K. u. = Krankenunterstützung.
Hannover: Für Durchreisende in der Herberge im Gewerkschaftshaus durch den Oberbürgermeister L. Kretzmerer; für Mitglieder am Ort jeden Mittwoch in der Zeit von 8½ bis 10 Uhr im Zimmer Nr. 11. Versammlungen finden jeden 4. Mittwoch statt und zwar im Zimmer Nr. 10. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem 1. Bev. Louis Greife, Alte Keller-Deerstr. 57, I. Das Umgehauen ist nicht gestattet.

Arbeitsangebote.

Zwei Sortierer können sofort Stellung erhalten; es wollen sie nur solche melden, die sofort eintreten können.
Nachfragen Arbeitsnachweis: Frankfurt a. M., Franz Schnell, Snelkenauerstr. 113, II.
Hier l-bliche Zigarrenmacher.
Nachfragen Arbeitsnachweis: Herford i. Westf., Wilh. Schlichter, Eimerstr. 59.

Arbeitsnachweis für die Schweiz.

Unsere Kollegen vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband zur Kenntnis, daß der Arbeitsnachweis für Basel (Schweiz) sich im Hotel Zum Roten Ochsen in Basel befindet. Sprechstunden sind täglich, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, von 7—8 Uhr abends. Arbeitssuchende wollen sich folgender Adresse bedienen: Allg. Arbeitsnachweis des B. u. H. u. O., Hotel Zum Roten Ochsen, Dörsengasse, Basel.
Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz.
Bezirkssekretariat Basel.

Mitglieder-Versammlungen.

Je lebendiger es in einer Gewerkschaft ist, um so größer sind ihre Erfolge!
Sonnabend, den 14. März:
Nehme: Ab. 8½, 5 Abte. T.-O.; Vortrag des Gewerkschafts über die am 1. Juli in Kraft tretenden Vorschriften des Bundesrats für die Hausarbeit in der Tabakindustrie.

Montag, den 16. März:
Emmerich: Ab. 8½, Neue Welt. T.-O.; 1. Die Lage in der Tabakindustrie; 2. Die bundesrätlichen Vorschriften für Hausarbeiter. Referent: Ganleiter Schlichter.

Gestorben:
Am 28. Februar zu Altona-Ottensen Christian Johannsen aus Ropenhagen, 68 Jahre alt.
Am 26. Februar zu Frankenberg Peter Vos aus Deventer (Doll.), 44 Jahre alt.
Am 24. Februar zu Magdeburg Auguste Müller, geb. Märten aus Pilsen, 61 Jahre alt.
Obere ihrem Kündent!

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Rohlabakhandlung

Bedarfsartikel für Zigarrenfabriken

Bedarfsartikel für Zigarrengeschäfte

Rohtabak:

Kamerun-Deckblatt

Sumatra-Ersatz

No. 2015. Hellfahl, Vollblatt, 1. Länge Mk. 6.—

No. 2016. Matt, Vollblatt 1. Länge . . . Mk. 4.10

Der Brand ist schneeweiss

Seit 1. März dieses Jahres
neue Abteilung:
Einrichtungs-Artikel
für
Zigarren-Geschäfte

Preisliste soeben erschienen
Zusendung kostenlos

Fabrik-Utensilien

ca. 20000 gebrauchte

Wickelformen

Modernste Fassons
am Lager

In der Einschreibung vom 27. Februar in Rotterdam kaufte ich direkt die geschlossene Partie Java: 70 Packen JVDB/DH/KSB. Ich offeriere daraus Java No. 1839, leicht, blattig, flott brennend; à 90 Pf., verzollt.

Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Sumatra-Vollblatt-Decken

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen in den Preislagen von 230 bis 700 Pf. pro Pfund verzollt, wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne gezeichnete Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umblatt- u. Einlage-Tabaken

und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.

Gebrauchte Wickelformen und Utensilien stets am Lager.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14

Beachten Sie besonders
nachstehendes Angebot in

Vorstenlanden

- No. 7366. Sandblatt, düst u. zart Mk. 4.—
- No. 7561. 2. Lge., famoser Kehrdecker Mk. 3.50
- No. 7432. Ganz dunkel, Mexico-Ersatz Mk. 3.—
- No. 7358. 2. Lge., links, grau, ff. Brand Mk. 3.—
- No. 7531. 2. Lge., matte Farben Mk. 2.50
- No. 7532. Feinstes Umblatt mit Decke Mk. 2.—
- No. 7514. Umblatt, 1. Lge., als Decke brennend Mk. 1.80
- No. 7533. 3. Lge., reines Umblatt Mk. 1.50
- No. 7518. ff. Aufarbeiter, blattig und leicht Mk. 1.35
- No. 7505. Sehr blattige, gut brennende Einlage Mk. 1.25

In allen anderen Sorten
Tabak riesige Auswahl!

Verlangen Sie gratis und franko Preisliste No. 110

Berichtigung.

Im Inserat der Firma L. Cohn & Co. in voriger Nummer muss es anstatt 4000 Formen **40000** heissen.

Tabak-Arbeiter-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)

Zigarettenfabrik TAG-GEN Stuttgart

Stützen Bilanz pro 1. Dezember 1913 Passiven

Borhandene Lagerbestände	10057.84	Mitglieder Guthaben	4745
Juveniler	1500	Schulden	31531.40
Kassenkassa	3518.44	Einerrückstand	255
Bankkonto	985.37	Verlust:	
Städt. Elektrizitätswert		Stadelmann	1.05
Rentien	88.96	Vollhaus, Gelsen-	
Städt. Gaswerk, Rention	20	kirchen	50.50
Verlagsgesellschaft, Rention		Endreß, Stuttgart	34.60
Kassanverein, Anteil	500	Hofmann, Stuttgart	6.80
Kassenbestand am 31. Dez. 1913	716	Reservefonds	10661.45
		Reingewinn pro 1913	1710.12
	48997.92		18997.92

Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1913 78

„ „ 31. Dezember 1913 21

„ „ 31. Dezember 1913 15

Mitgliederzunahme pro 1913 6

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1913 84

Anteile der Mitglieder am 1. Januar 1913 3131 — Mk

„ „ 31. Dezember 1913 4745 — Mk

„ „ 31. Dezember 1913 1614 — Mk

Die Kassasumme betrug am 1. Januar 1913 4380 — Mk

„ „ 31. Dezember 1913 4950 — Mk

„ „ 31. Dezember 1913 600 — Mk

Stuttgart, den 1. Januar 1914.

Der Vorstand.

Schoron, Dr. jur. h. c. Schürwaldt.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3948 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

empfeht in besonderer Preistwürdigkeit:

- Sumatra-Decker, Vollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 460, 500
- Sumatra-Umblatt, Vollblatt 160
- Sumatra-Umblatt und -Einlage (offiz.) 100, 110
- Java-Decker, bunzel, 160, 220, hell 200, 220, 260, 280, 300, 320
- Java-Umblatt 140, 160, 180
- Java-Einlage 85, mit Umbl. 100, 105, 110, 120
- Vorstenland-Decker 180, 180, 200, 220, 260, 275, 300, 320
- Brasil-Decker 180, 210, 250
- Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 130, 140, 150, 160, 170
- Mexiko-Decker (Andres) 350, 400
- Havana 300, 350, 300, 400, 700
- Yara-Cuba 220, 250, feine Qual.
- Seedleaf-Umblatt 110, 120, 140, 155
- Carmen-Umbl. 100, 110, 120, 180
- Domingo A 85, 90, P 100, 110, PP 110, 120, 130
- Losgut (blattig) 95, 100
- Original-Mischung, meist Umblatt 110
- Geschnittene Einlage, mit Brasil, tabellose Qualität u. Brand 110

Wickelformen

neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150
Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 Mk. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Stabelfalt, per Pfd. 250 Mk. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 135, 150, rot 130, Basishandband, grau und lackfarb, pro 100 Meter-Rolle 150 Mk. Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Unserm 1. Bev. und Kollegen Fritz Gumbert zu seinem am 5. März stattfindenden Namensfest die herzlichsten Glückwünsche. Gedruckt von seinen Freunden P. Henkels und J. Gausson der Bahlsche Werk.

Unserm Kollegen Karl Walthert nebst Frau zu dem am 11. März stattfindenden Silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche. Mehrere Kollegen der Bahlsche Freiberg i. Sa.

Unserm 3. Bevollm. Heinrich Eiegner nebst Frau Dorothä, geb. Breithauer, zu ihrer am Sonntag, 8. März, stattfindenden Hochzeit ein dreifach donnerndes Hoch. Denn, merkst du was? Die Verbandstafeln der Bahlsche Wigenhausen.

Briefkasten.

Freiberg 70
Wigenhausen 80
Bertl 70

Der Kampf um den Arbeitsnachweis.

In Gewerkschaftskreisen ist der Frage der Arbeitsvermittlung nicht immer die gleiche Beachtung und Bedeutung geschenkt worden, die ihr von Unternehmerverbänden und den Gegnern der Arbeiterbewegung entgegengebracht wird. Die Arbeiter haben zwar erbitterte Kämpfe um den Arbeitsnachweis geführt, aber im Unternehmerlager ist eine viel größere Einheitslichkeit der Anschauungen über diese Frage vorhanden, auch eine viel größere Kampfeslust zur Eroberung oder Verteidigung des einseitigen Unternehmernachweises. Diese geschlossene Kampffront der Unternehmer hat auf die Gestaltung des Arbeitsnachweises in Deutschland einen starken und zwar recht unheilvollen Einfluß ausgeübt: sie beherrschten in der Groß- und Schwerindustrie den Arbeitsnachweis fast völlig und sind unablässig bemüht, diesen Einfluß auch in allen andern Industrien durchzusetzen.

Doch die Fäden der Scharfmacherpolitik werden nicht allein in den Büros der Unternehmerverbände und in den Redaktionen der Unternehmerpresse gesponnen, auch mancherlei sonstige Stellen, die nicht zu diesem Zweck geschaffen wurden, werden auf Umwegen dem Einfluß der Scharfmacher dienstbar gemacht. Besonders auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zeigen sich in jüngerer Zeit Vorgänge, die auf gut organisierte Kulisserarbeit schließen lassen. Es hat sich herausgestellt, daß innerhalb der Reichsregierung eifrige Vorkarbeiten getrieben werden für eine „Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik“, verbunden mit einer sogenannten „Verbesserung der Arbeitsnachweisorganisationen.“

Im November 1913 hat das Kaiserliche Statistische Amt dem Staatssekretär des Innern einen Bericht erstattet nebst einem Gutachten über diese beiden Fragen. In dem Bericht heißt es, daß es noch „eine Menge unentbehrlicher Arbeitslosigkeit gibt, die durch besseres Zusammenarbeiten der bestehenden Arbeitsnachweiseinrichtungen und durch ihren planmäßigen Ausbau beseitigt werden könnte.“

Die Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik soll nach den Vorschlägen des Statistischen Amtes darin bestehen, allen nicht gewerksmäßigen Arbeitsnachweisen die gesetzliche Pflicht aufzuerlegen, über ihre Tätigkeit allmonatlich an das Amt zu berichten. Um diese Berichterstattung allen Arbeitsnachweisen zur Pflicht zu machen, soll auch eine Meldepflicht eingeführt werden, d. h. jede Errichtung, Verlegung oder Auflösung eines Arbeitsnachweises soll bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden.

Zur Reform der Vermittlungstätigkeit wird in dem Bericht der Vorschlag gemacht, „das gesamte Arbeitsnachweises nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches zweckentsprechend zu organisieren.“ Es soll zunächst örtlich auf eine größere Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, insbesondere auf eine engere Verbindung zwischen den verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen hingewirkt werden, mit dem Ziel, örtliche Arbeitsnachweisverbände und deren Zusammenschluß zu Landes- bzw. Provinzialarbeitsnachweisverbänden zu erstreben. Diese Verbände sollen die Aufgabe haben, „durch regelmäßigen Austausch von Vakanzlisten und kostenlosen Ausbau des Arbeitsnachweisnetzes einen besseren und schnelleren Ausgleich zwischen Stadt und Land bzw. zwischen den verschiedenen Gebietsteilen und Erwerbszweigen innerhalb des bestehenden Wirtschaftsgebietes herbeizuführen.“

Es soll nicht bestritten werden, daß solche Vorschläge an sich ihre Berechtigung haben mögen, in der Organisation des Arbeitsnachweises ist noch manches Verbesserungsbedürftig. Aber für wirkliche Reformen auf diesem Gebiete, wie überhaupt für jegliche Garantie einer wahrhaft unparteiischen Arbeitsvermittlung muß die Forderung erhoben werden, daß den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung des Nachweises gesichert wird. Es muß weiter gefordert werden, daß der „Ausgleich zwischen Stadt und Land“ nicht in einer zwangsweisen Verchiebung der städtischen Arbeitslosen nach den Landbetriebe usw. erblickt wird. Es läßt dabei nicht nur die Freizügigkeit der Arbeiter in Gefahr, sondern auch der Einfluß der Arbeiter bzw. deren Organisationen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Arbeitsnachweis ist nicht die Stelle, wo über die Freizügigkeit entschieden werden kann. Ebensovienig dürfen Zwangsmittel bei der Befragung von Arbeitsplätzen mit rückständigen Löhnen usw. zur Anwendung kommen. Mit solchen Mitteln kann die Arbeitslosenfrage und die Beseitigung der „müßigen Arbeitslosigkeit“ nicht gelöst werden. Wenn man sich jedoch die Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses vom Januar und Februar 1913 vergegenwärtigt, erscheinen solche Ziele keineswegs als ausgeschlossen, wie ja auch ein Ministerialerlaß vom 13. Dezember 1912 die deutsche Arbeiterzentrale (früher Feldarbeiterzentrale) auf die gleiche Stufe mit den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen gestellt hat, der von den Behörden jede mögliche Förderung zu erweisen sei. Demnach geht das Interesse der preussischen Regierung an der „Verbesserung des Arbeitsnachweises“ ohne Zweifel dahin, durch die systematische Abschichtung der städtischen Arbeitslosen der Löhnten der ostelbischen Junker abzuhelfen. Die Regierung unterstützt auch die Landwirtschaftskammern bei der Errichtung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsnachweisverbänden, und sie schenkt ihre Gunst vornehmlich dem preussischen Arbeitsnachweisverband, weil dieser nicht die paritätische Verwaltung, sondern die von ihm selbst zu bestimmende — „Unparteilichkeit“ der Arbeitsnachweise in den Vordergrund stellt. Wer ist so naiv, daß er hier den Pferdeschweif nicht merkt?

Über nicht allein von dieser Seite wird der paritätischen Verwaltung der Arbeitsvermittlung der Krieg erklärt. Diese Parität allein verbürgt den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht, sie muß daher als das einzige Mittel angesehen werden, den Mißbrauch des Arbeitsnachweises im einseitigen Unternehmerinteresse zu verhindern. Das wissen diese sehr gut, daher richtet sich ihre Hege in gleich heftiger Weise auch gegen die auf Grund von Tarifverträgen oder sonstiger Vereinbarung von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam errichteten paritätischen Arbeitsnachweisen. Selbst im Verband deutlicher Arbeitsnachweise, der unter der Leitung des bekannten Dr. Freund steht, macht sich eine immer heftigere Gegnerschaft gegen solche vertragliche Regelung der Arbeitsvermittlung bemerkbar, was wohl darin seinen Grund hat, daß für diesen Verband eine ausgiebige „Subventionierung“ durch das Reich empfohlen wird. Einer der Wortführer dieser Richtung, der Hamburger Oberlandesgerichtsrat Dr. Naumann, schrieb in der „Sozialen Praxis“ vom 20. Februar 1913: „Es ist auch gar nicht wünschenswert, daß Facharbeitsnachweise auf Grund von Tarifverträgen weitere Verbreitung finden. Sie sind ein Hindernis für die umfassende Organisation des Arbeitsmarktes, die nur durch öffentliche Körperschaften bewirkt werden kann.“ In Wirklichkeit bedeutet dieser Standpunkt die Ausschaltung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung, was übrigens der genannte Hamburger Jurist in der Praxis mit vollster Deutlichkeit bei gewissen Anlässen vertreten hat. Im Verband deutscher Arbeitsnachweise gewinnt übrigens die gewerkschaftsfeindliche Richtung immer mehr Oberhand, erklärte doch selbst der liberale Stadtrat Dr. Fleck in der bereits erwähnten Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses, die Parität nur als eine Form, die niemals zur Hauptsache gemacht werden dürfe. Auf solche Weise wird natürlich die „Reform der Arbeitsnachweisorganisation“ nicht weiter sein als die Zurückdrängung der Arbeiterinteressen bei der Arbeitsvermittlung, und wenn das erst völlig durchgeführt ist, wird der Einfluß der Scharfmacher schon das übrige besorgen.

Der Bericht des Statistischen Amtes liefert den tatsächlichen Beweis dafür, daß es nicht bloß gegen die rein gewerkschaftlichen, sondern auch gegen die paritätischen Arbeitsnachweise geht. Es wird nämlich darin gesagt, daß sich wohl auf die öffentlichen Arbeitsnachweise eine behördliche Einwirkung unschwer ausüben lasse, aber „den Facharbeitsnachweisen gegenüber verjagen solche Mittel, weil sie meist auf eigenen Füßen stehen, von den betreffenden Berufsverbänden oder Tarifgemeinschaften unterhalten werden, ihre völlige Unabhängigkeit aufrichtig wahrhaftig und häufig einseitige Interessen oder Nebenzwecke verfolgen, die sich mit der grundsätzlichen Unparteilichkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise und dem Interesse der Gesamtheit nicht decken. Der Bericht spricht in diesem Zusammenhang ferner von vollswirtschaftlich unnötigen oder gar schädlichen Arbeitsnachweisen, gegen deren Neuerichtung es zurzeit keine Handhabe gäbe.“

Und das nennt sich selbst „Unparteilichkeit“! Sowohl den bisher von den Arbeitern allein verwalteten gewerkschaftlichen, als auch den von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verwalteten paritätischen Arbeitsnachweisen wird einseitige Interessenvertretung oder die Verfolgung von Nebenzwecken nachgesagt, während die Maßregelungsbureaus der Unternehmer auch nicht mit einem Wort der Kritik bedacht werden. Wir wissen also, welcher Art die angesagte „Reform“ sein wird.

Das Statistische Amt verspricht sich von der Einführung einer Genehmigungspflicht für alle paritätischen, also nicht gemeindlichen oder staatlichen Arbeitsnachweise eine Verbesserung der jetzigen Verhältnisse. Das wäre natürlich eine bequeme Art, der Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften, sowie den so übel angelegten paritätischen Nachweisen das Lebenslicht auszublauen. Oder sollte uns etwa der Glaube zugemutet werden, daß von einer solchen Maßregel auch die Unternehmernachweise betroffen werden könnten? Daran glaubt ja selbst der Staatssekretär nicht, auch weiß er ganz genau, daß sich die Unternehmer eine „Genehmigungspflicht“ einfach nicht gefallen lassen. Darum hat er den Eifer des Statistischen Amtes sofort etwas gedämpft mit der lakonischen Bemerkung, daß es wohl mit einer Genehmigungspflicht für die paritätischen Arbeitsnachweise nichts sein dürfte. Aber die vorgeklagene Meldepflicht findet der Staatssekretär akzeptabel, und auch die Vorschläge zur besseren Organisation des Arbeitsmarktes erscheinen ihm „zum Teil ebenfalls zweckmäßig.“

So kann also die Kulisserarbeit ihren Fortgang nehmen. Wenn überhaupt etwas dabei herauskommt, ist es sicher ein weiterer Knäbelungsversuch für die Arbeiter, eine Erschwerung deren Interessenvertretung auf dem für sie so hochwichtigen Gebiete der Arbeitsvermittlung. Doch die Gewerkschaften werden auf der Wacht sein. So leicht, wie es sich manche Leute denken, ist es heutzutage denn doch nicht mehr, mit den Arbeitern nach Scharfmacherbelieben umzuspringen.

Der badische Landtag und die Tabakarbeiter.

In einem Lande, in welchem die Tabakindustrie eine so große Bedeutung hat, wie es in Baden der Fall ist, muß sich pflichtgemäß auch das Parlament mit der Lage der Arbeiter dieser Industrie befassen, zumal, wenn es sich dabei um Verhältnisse handelt, die einen niederdrückenden Einfluß auf die ganze Bevölkerung mehr oder weniger ausüben. Es ist wohl nicht von der Hand zu weisen, daß die zweitgrößte Industrie eines Landes mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen und der Lage ihrer Arbeiter einen

Einfluß auf die Gesamtverhältnisse auszuüben imstande ist. Die Tabakindustrie ist aber in Baden die zweitgrößte Industrie; die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter ist bekanntlich auch nach badischen Verhältnissen, insbesondere gegenüber den Durchschnittsverhältnissen der badischen Arbeitererschaft, durchaus ungünstig. Es ist daher sogar Pflicht der Abgeordneten, von der Tribüne des Parlaments herab die Zustände zu kritisieren und nach Besserung zu streben.

In den Sitzungen der badischen zweiten Kammer vom 13., 17., 18. und 19. Februar ist denn auch lebhaft über die Verhältnisse der badischen Tabakarbeiter verhandelt worden. Gelegenheit dazu bot der Titel: Gewerbeaufsichtsamtsbericht. Der Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts beschäftigt sich alljährlich in dankenswerter Weise mit der Lage der Tabakarbeiter; eine Notwendigkeit, die sich eben aus der Bedeutung der Tabakindustrie für Baden und die Lage der badischen Tabakarbeiter ergibt. Anknüpfend an den Bericht des Gewerbeaufsichtsamts für 1913, brachte der Zentrumsabgeordnete Hartmann seine Wünsche bezüglich der Tabakarbeiter vor. Redner kritisierte mit vollem Recht, wie das Strafsystem in der Zigarrenindustrie zu einer Plage für die Arbeiter geworden sei und zur Verschlechterung des Einkommens beitrage. Er erwog auch die Frage, ob denn die Verhängung von Strafen für Materialschaden — und weiter bedeutet es doch nichts — gesetzlich zulässig sei, da eine Lohninbehaltung wegen zugefügten Schadens nicht zulässig sei. Herr Oberregierungsrat Wittmann steht, wie seine Antwort erkennen ließ, ebenfalls auf dem Standpunkt, daß solche Materialstrafen nicht vom Lohn abgezogen werden dürfen. Das Gewerbeaufsichtsamts habe die Formel herbeizuführen versucht, daß die Strafen nicht vom Lohn abgezogen werden, sondern von dem Arbeiter entrichtet werden sollen; allerdings hätten sich auch dagegen die Arbeiter in manchen Fällen gestraut; dagegen ließe sich auch nichts machen. Wir fügen hinzu: Möchten sich doch die Arbeiter in allen Fällen wehren, ganz gleich, ob ihnen die Strafe abgezogen wird, oder ob sie sie „entrichten“ sollen. Wir verlangen, daß jeder Arbeiter gewissenhaft mit dem Material umgeht, aber er soll nicht durch Strafschikanie an seinem Einkommen geschmälert werden. Es handelt sich nämlich am wenigsten um die jeweilige Strafe, als um die Herabdrückung der Arbeitsleistung zugunsten der Produktionskosten des Fabrikanten.

Auch die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie berührte der Redner und betonte, daß die Tabakarbeiter auch keine langfristigen Arbeitsverträge, wie sie das Gewerbeaufsichtsamts empfehle, wünschten. Herr Regierungsrat Dr. Wittmann erklärte, daß er seinen Standpunkt, Lehrverträge seien in der Zigarrenindustrie nicht nötig, nicht verlassen habe, und bestrebt sei, längerfristige Arbeitsverträge einzuführen.

Wie wir auch berichtet haben, sehen sich die badischen Fabrikanten veranlaßt, gegen den Standpunkt des Gewerbeaufsichtsamts, keine Heberarbeit für Arbeiterinnen in der Zigarrenindustrie zuzulassen, Sturm zu laufen. Auch dieses brachte der Abgeordnete Hartmann zur Sprache und wünschte, daß man dem Amt in dieser Hinsicht keine Steine in den Weg legen möchte. Der Redner besprach dann noch die Lebensverhältnisse der badischen Tabakarbeiter, und kritisierte natürlich mit gutem Recht manche Erscheinung, die uns die Tabakarbeitererschaft als unter dem sozialen Durchschnitt stehend zeigt. Er kam auch auf die von dem Verband der christlichen Tabakarbeiter unternommene Lohnbewegung in Unterbaden zu sprechen. Da interessiert uns vor allem folgender Satz des Mitgliedes und Bezirksleiters des christlichen Verbandes: „Die Arbeitgeber stehen eben auf dem Standpunkt, daß nur durch Macht, nur durch Kampf Verbesserungen für die Arbeiter herausgeholt werden können.“ Wenn Hartmann dann diesen Standpunkt der Fabrikanten bedauert, so ist damit leider nichts geändert, denn dadurch werden sich die Herren gewiß nicht irritieren lassen. Auch wir wünschen lebhaft, daß sich die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nicht immer in der heftigsten Form vollziehen möchten, aber es geht beim besten Willen nicht anders, und zwar, wie Hartmann in der badischen Kammer konstatiert hat, wegen des Standpunktes der Unternehmer. Wir nehmen nach dieser Erkenntnis Hartmanns auch an, daß er und seine christlichen Kollegen nun verstehen werden, daß der Deutsche Tabakarbeiterverband zu der Art des Vorgehens des christlichen Tabakarbeiterverbandes in Unterbaden nicht recht Vertrauen hatte. Der nun auch Hartmann bekannte Standpunkt der Fabrikanten ließ eben ohne Kampf keinen Erfolg erwarten. Das bedauern wir selbstverständlich ebenso sehr wie Hartmann.

Dann sattelte Herr Hartmann seinen Rappen zum nächsten Ritt ins weite Reich gewerkschaftlicher Daseinsberechtigung „christlicher“ oder freier Gewerkschaften. Wir wollen ihm dabei nicht folgen, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß es besser gewesen wäre, den Ritt zu unterlassen, denn es hat für die Tabakarbeiter, für die er zuerst eintrat, wahrscheinlich keinen Vorteil gehabt. Sollen die Verhältnisse der Tabakarbeiter gebessert werden, so bedarf es der Aufmerksamkeit und des Zusammenwirkens des ganzen Parlaments; wenn auch außerhalb des Parlaments in diesen Fragen ein Zusammenwirken möglich ist, um so besser. Doch Herr Hartmann hat seine Dispositionen, in die wir nicht hineinreden können und wollen; uns liegt es nur an einem vollen Erfolg für die Tabakarbeiter, und da hätten wir gern gesehen, wenn nicht gerade bei der Tabakarbeiterfrage die Debatte einen solchen Verlauf genommen hätte.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Bötzger ging des näheren auf das Hausarbeitgesetz und die Hausarbeit in der Tabakindustrie ein, insbesondere hob er die durch

das Gewerbeaufsichtsamt festgestellten himmelschreienden Missetaten hervor. Auch Fachauschüsse wurden von ihm gefordert. Ferner trat er für den Schutz der Kinder ein.

Herr Belzer, ein Zentrumsabgeordneter, versuchte ein von unserm Verband mit dem Zigarettenfabrikanten Jung in Baden-Baden abgeschlossenen Tarifvertrag als Terrorismusfall zu konstruieren. Es soll Terrorismus sein, wenn wir im Tarif festsetzen, daß nur freigewerkschaftlich organisierte Tabakarbeiter beschäftigt werden dürfen. Zunächst diene dem Herrn zu wissen, daß es in diesem Falle einem Wunsche des Herrn Jung entsprach. Aber auch sonst haben wir keinen Anlaß, dort dem Wunsche des Herrn Belzer zu entsprechen, wo vielleicht nur ein paar christlich organisierte beschäftigt werden, während die große Mehrzahl der Arbeiter unserm Verband angehört. Handeln etwa die Christlichen anders? Haben sie nicht am Nieberheim ihren famosen Schiedsvertrag ohne uns abgeschlossen? Und Herr Belzer könnte es sich im übrigen von Herrn Hartmann sagen lassen, daß beide Verbände auch zusammen mit den Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen haben.

Unangenehm war es dem Herrn Belzer, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Böttger dem Zentrum, das sich für die Interessen der armen Tabakarbeiter aufspielte, den berechtigten Vorwurf machte, daß gerade diese Partei bei der sogenannten Reichsfinanzreform durch Bewilligung der Tabaksteuer den Tabakarbeitern den Brotkorb höher hängte. Der Herr war sehr naiv — oder war es etwas anderes? — als er sagte: „Herr Böttger hat dann weiter gesagt, durch die Reichsfinanzreform habe das Zentrum die Tabakarbeiter dem Hungertode nahe gebracht. Ach Gott im Himmel, ich möchte nur wissen, inwiefern! Ist etwa infolge der Reichsfinanzreform eine Zigarre weniger geachtet worden? Finden wir denn nicht, daß zwar die Zigaretten weniger, aber die Zigarettenindustrie übermäßig in die Höhe gegangen ist, allerdings nicht durch die Reichsfinanzreform, sondern durch die Mode. (Abg. Dr. Gerber: Durch das Tabaksteuergesetz!) Durch das Tabaksteuergesetz soll die Zigarettenindustrie in die Höhe gebracht worden sein? Das steht genau auf derselben Höhe, Herr Kollege Gerber, wie die Liebesgabe.“ Hat Herr Belzer keine Ahnung von dem Zusammenhang der Dinge, oder will er keine haben? Im ersteren Falle könnte er sich von seinem Kollegen Hartmann unterrichten lassen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kolb hat dem Herrn Belzer darauf mit dem einzigen Hinweis geschlagen, daß kurz nach der Tabaksteuer Zehntausend und mehr Tabakarbeiter brotlos geworden sind und von Reich wegen unterstützt werden mußten.

Der Zentrumsabgeordnete Maft schob den Vogel ab, indem er die schlechte Lage der Tabakarbeiter damit als ausgeglichen angesehen wissen wollte, daß vor der Wertsteuer ebenso lange mit Ueberstunden gearbeitet worden sei, als nachher die Arbeiter brotlos waren. Zunächst ist das nicht wahr, und dann ist es ja gar nicht denkbar, daß ein paar Wochen Ueberarbeit andere Wochen der Arbeitslosigkeit ausgleichen können. Selbst in der Zeit der Ueberarbeit sind die Tabakarbeiter noch schlimm genug daran gewesen. Und dann haben lange nicht alle Ueberarbeit geleistet. Und was es mit dem Aufschwung der Tabakindustrie auf sich hat, weiß jeder Tabakarbeiter.

Selbst der nationalliberale Abgeordnete Bitter mußte anerkennen, daß die Lage der Tabakarbeiter zu wünschen übrig lasse. Er meinte auch, daß bei gutem Willen durch das Zusammenwirken der beteiligten Organisationen eine annehmbare und friedliche Lösung möglich sei, doch sagte er gleich darauf, daß, falls Verhandlungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen sollten, das Gewerbeaufsichtsamt vermittelnd eingreifen möge. Der Herr scheint keine große Hoffnung auf den guten Willen der Fabrikanten zu setzen.

Abgeordneter Kahle, Sozialdemokrat, nahm sich die beiden Zentrumsmitglieder Belzer und Maft mit ihren sonderbaren Auffassungen über die Lage der badischen Tabakarbeiter vor, indem er den geringen Durchschnittslohn, der nach der Wertsteuer noch sogar gefallen war, sowie die schändlichen Maßnahmen der Fabrikanten bezüglich des Materialverbrauchs usw. kritisierte.

Herr Regierungsrat Dr. Wittman gab in seiner Rede am Schluß der Debatte zu, daß das Einkommen der Tabakarbeiter in Baden nicht in dem Maße gestiegen sei, wie die Lebensmittelpreise und die Preise für andere Bedürfnisse gegenwärtig. Und sollen sich nach dem Zentrumsabgeordneten Maft die Verhältnisse der Tabakarbeiter gebessert haben? Wenn mit dem Worte Tabakindustrie nur die Interessen der Fabrikanten gemeint sind, so mag Herr Maft wohl recht haben. Vielleicht überreicht der Abgeordnete Hartmann seinen Zentrumskollegen die Broschüre, die der christliche Tabakarbeiterverband über die Lage der badischen Tabakarbeiter herausgegeben hat. Oder sollte er ebenfalls gegen die Wichtigkeit dieses Materials streiten wollen?

Mag nun auch die Debatte zunächst eine sichtbare Wirkung auf die Lage der Tabakarbeiter und deren Verbesserung nicht haben, so wird sie immerhin von Vorteil sein, als man einmal die Bevölkerung zwingt, sich mit den Dingen zu beschäftigen, und zweitens den Behörden ins Gewissen redet, dem Druck der öffentlichen Meinung wie dem Verlangen der Beteiligten auf Besserung der Zustände nachzugeben.

Die Firma Garbathy in Berlin und die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz.

Schmutzkonkurrenz — wer hätte nicht schon hiervon gehört und gelesen. Sie ist eine wahre Giftpflanze für Handel und Gewerbe. Insbesondere macht sie sich in den letzten Jahren in der deutschen Zigarettenindustrie breit, und wenn man die Fachpresse der Fabrikanten- und Händlervereinigungen beobachtet, so findet man bald in jeder neuen Nummer dieser Zeitungen Klagen, Beschwerden und zuweilen auch neue Vorschläge zur geeigneteren Bekämpfung. Es sollte vor allen Dingen das Markenwesen dazu dienen, die eingerissene Preisschleuderei wirkungsvoll zu bekämpfen. Die in den Handel gebrachten Zigaretten-

marken wurden geschickt und waren äußerlich mit Namen und Firma für den Händler und Raucher erkennbar. Es wurden direkte Vereinigungen zur Bekämpfung der Preisschleuderei unter den Händlern wie auch unter den Fabrikanten gegründet. Leider hatten alle diese Bestrebungen bis jetzt noch keinen Erfolg aufzuweisen. Viele der Fabrikanten, die sich gegenseitig die Zusicherungen gegeben hatten, ihre Interessen zu wahren, ließen neben den geschützten Marken ähnliche, minderwertige Fabrikate herstellen und brachten dieselben dann zu bedeutend niedrigeren Verkaufsbedingungen in den Handel. Andere Firmengruppen brachten ihre bestimmten Marken unter einem derartigen Rabatt- und Zugabewesen an die Händler, daß dieselben zu jedem annehmbaren Preise und ganz willkürlich die Verkaufspreise gestalten konnten. Dieses Unwesen und gemeingefährliche Treiben wirft jede geschäftliche Berechnung und solche Kalkulation über den Haufen und beginnt nachgerade unhaltbar zu werden. Da ist es denn selbstredend zu begrüßen, wenn sich immer wieder unter den bemitleidenswerten Fabrikanten Leute finden, die den Mut haben, auf diese Gefahr aufmerksam zu machen und Mittel zu nennen, welche durchschlagenden Erfolg versprechen.

In diesem Falle ist es ein Herr Eugen L. Garbathy, Vertreter der Firma Garbathy-Rosenthal in Berlin, welcher folgenden bemerkenswerten Vorschlag machte und worüber schon am 8. Januar in Berlin die Vertreter der maßgebenden Händlervereinigungen Beratungen pflegten. Herr Garbathy tritt nämlich in aller Öffentlichkeit dafür ein, daß bei der Umarbeitung des Warenzeichenschutzes infolge einer Änderung vorgenommen werden sollte, bei Markenartikeln neben dem Namen und der Verpackung zugleich auch den Kleinverkaufspreis gesetzlich schützen zu lassen. Damit soll den Händlern die Möglichkeit genommen werden, für derartig geschützte Marken die Verkaufspreise nach Belieben zu regulieren. Ebenso könnten dann auch die Fabrikanten, die von dem Recht, den Kleinverkaufspreis ihrer Waren gesetzlich schützen zu lassen, keinen Gebrauch machen würden, in Zukunft von dem realen Handel ausgeschlossen werden. Auch lasse sich das Zugabewesen, falls es in einer Gratisgabe derselben Zigaretten bestehe, ohne weiteres als eine fahbare Umgehung des Preisschutzes darstellen. Ueberhaupt müsse bei einer eventuellen Gesetzgebung obigen Vorschlages eine gesetzliche Regelung des Zugabewesens ernstlich ins Auge gefaßt werden.

Dieses sind im allgemeinen die Gesichtspunkte, von deren Wirkung Herr Garbathy eine bessere Bekämpfung der Preisschleuderei im Zigarettenhandel erwartet. Die Zukunft wird zeigen, wie der erwähnte Vorschlag die an ihn geknüpften Hoffnungen rechtfertigt, denn schon jetzt tauchen neben den Befürwortern dieses Vorschlages auch andere Stimmen in der Öffentlichkeit auf, die die Durchführung desselben direkt bezweifeln. Mag dem sein wie ihm wolle, eins ist und bleibt unzweifelhaft. Bei dem ganzen Getöse, welches die Herren Fabrikanten in der Bekämpfung der Preisschleuderei an den Tag legen, bleibt eine wichtige Ursache für die bestehende Schmutzkonkurrenz unberührt, nämlich die Verschiedenartigkeit der gezahlten Arbeitslöhne für gleiche Sorten. Dieses ist ein Gebiet, dem die Herren Fabrikanten immer in weitem Bogen aus dem Wege gehen, und doch hat die Praxis längst erwiesen, daß die Firmen, welche die Konkurrenz am meisten unterbinden, förmlich darauf ausgehen, ihre Arbeitslöhne so niedrig wie möglich festzusetzen. Ja, wir sehen auch, ähnlich wie in der Zigarettenindustrie, die Fabrikanten in der Zigarettenbranche ihre Filialfabrikation nach Orten mit niedrigeren Arbeitslöhnen verlegen. Das beste Beispiel hierfür bietet die Firma Garbathy-Rosenthal in Berlin selbst, indem sie in Dresden eine Filiale unter der Leitung einer Frau Wajchel bestehen hat. In diesem Filialbetriebe wurde bisher eine runde Sorte — Königin Sabab — gemacht, wofür in Dresden pro Mille 2 \mathcal{M} und in Berlin 2,55 \mathcal{M} gezahlt wurde. Erst im letzten Sommer gelang es den Arbeiterinnen, diesen Lohn um 20 \mathcal{S} pro Mille zu erhöhen. Jetzt ist nun diese Sorte eingezogen worden, indem dieselbe mit der Maschine hergestellt wird. Dafür wird hier aber eine andere flache Handarbeitsorte gemacht, Ende of York mit Namen, wofür der horrenden Preis von 2,70 \mathcal{M} pro Mille gezahlt wird, wogegen es in Berlin 3,75 \mathcal{M} dafür gibt. Also sage und schreibe 1,05 \mathcal{M} pro Mille weniger wird in der Großstadt Dresden den Arbeiterinnen geboten, gleich 28 Prozent.

Herr Garbathy wird nun jedenfalls sagen, daß doch auch die Unkosten für den Transport und die Aufrechterhaltung des Betriebes in Dresden mit in Betracht zu ziehen sind. Dieses wollen wir von vornherein gerne zugeben, doch wird damit allein die hohe Differenz von 28 Prozent nicht ausgeglichen. Es bleibt immer noch ein recht ansehnlicher Teil übrig, der nicht ohne Einfluß auf den Verkaufspreis bleiben wird.

Wenn wir diesen Umstand den Herren Fabrikanten in Erinnerung bringen, so nicht deswegen, daß uns dieses als besonderes Verdienst angerechnet wird. Wir sind nur der Meinung, daß, wenn jemand sich so ausgiebig in der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz hervorruft, wie Herr Garbathy, leicht etwas vergessen werden könnte in der Eile. Ferner steht doch auch fest, daß das Ziel bedeutend leichter errungen werden kann, wenn jeder bestrebt ist, zunächst vor seiner eigenen Tür zu lehren. Doch hiervon dürfte die Firma Garbathy kaum etwas wissen wollen, sie weiß schon, warum. Wie schön macht es sich, wenn man in breiter Öffentlichkeit sich als Wohltäter der Menschheit geben darf. Erst jetzt geht wieder eine Notiz durch die Zeitungen, daß der Gemeinde Pawlow bei Berlin eine Stiftung von 50000 \mathcal{M} zu wohltätigen Zwecken vermachte wurde. In der letzten Gemeindevorstellung in Pawlow wurde mitgeteilt, daß der Stifter der Fabrikbesitzer Garbathy-Rosenthal ist. Von der genannten Summe sollte eine „Garbathy-Rosenthal-Stiftung“ gegründet werden, deren Zweck noch festgelegt werden wird. Alle Achtung vor der Geschäftstüchtigkeit der genannten Firma, welche auf

der einen Seite den Arbeitslohn möglichst niedrig gestaltet und auf der anderen Seite der Menschheit Wohltaten erweist. Doch dieses ist modern! Wohltätigkeit und Bekämpfung der Preisschleuderei müssen der Firma dazu dienen, einen „Weltruf“ zu erlangen. Wir wissen, daß Herr Garbathy mit dieser zweideutigen Haltung nicht allein steht auf weiser Flur und wären wir leicht in der Lage, mit weiteren Namen zu dienen.

So gut also der Vorschlag und die Bestrebungen zur Bekämpfung der Preisschleuderei gemeint sein mögen, so sehr sind wir überzeugt, daß dies Ziel nicht erreicht werden wird, solange die Festschließung der Arbeitslöhne nur den Herren Fabrikanten allein überlassen bleibt. Die Herren Fabrikanten könnten einen wichtigen Helfer im Kampfe gegen die Schmutzkonkurrenz gewinnen, wenn sie bei der Festschließung der Arbeitslöhne die Organisation der Arbeiter, den Deutschen Tabakarbeiterverband, berücksichtigen und anerkennen würden. Zur Sicherung der festgesetzten Arbeitslöhne eignen sich Tarifverträge vortrefflich und könnten bei einigermaßen gutem Willen der Arbeitgeber, die Arbeitslöhne und Verträge festgesetzt werden, daß kein Fabrikant betriebsder Konkurrenz seine Kollegen zu fürchten hätte. Diesen ehrlich gemeinten Vorschlag empfehlen wir der Kommission, welche auf der am 8. Januar in Berlin stattgefundenen Tagung der Vertreter der Händler- und Fabrikantenvereinigungen gewählt wurde, zur gesälligen Berücksichtigung. Der Herrenstandpunkt unserer Fabrikanten wird dadurch keineswegs ins Wanken geraten.

Falls unser Vorschlag wider Erwarten nicht die nötige Beachtung finden sollte, geben wir aber den Herren die bestimmte Zusicherung, daß wir in dem Bestreben, durch Ausgleich und Verbesserung der Arbeitslöhne zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz beizutragen, fortfahren werden. Das sind wir unseren Mitgliedern schuldig! Dy.

Die Kosten der Lebenshaltung in Großbritannien.

Das britische Gewerbeministerium veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse einer Erhebung über die Kosten der Lebenshaltung, die sich auf 88 Städte erstreckte. Es wurden vor allem die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel festgestellt; als solche gelten: Brot, Wehl, Kartoffel, Fleisch, geräucherter Speck, Eier, Milch, Butter, Käse, Tee und Zucker. Aus den bei einer früheren Gelegenheit von derselben Behörde gesammelten Arbeiterhaushaltsrechnungen ergibt sich, daß etwa 75 Prozent aller Ausgaben für Nahrung auf diese Waren entfallen. Die Kleinhandelspreise der Nahrungsmittel sind zwar von Stadt zu Stadt verschieden, aber im allgemeinen sind die Preisunterschiede nicht sehr groß. Das nach dem Familienbedarf abgeschätzte Preisniveau aller Nahrungsmittel zusammengenommen war im Jahre 1912 in 10 Provinzstädten genau so hoch wie in der Hauptstadt London, in 46 Provinzstädten war die allgemeine Preislage niedriger und in 31 Städten war sie höher als in London. Am höchsten waren die Preise in den beiden schottischen Städten Perth und Falkirk (11 Prozent über dem Londoner Preisniveau), während die mittellandliche Fabrikstadt Stoke-on-Trent die billigsten Preise aufwies; hier waren die Nahrungsmittel um 6 Prozent billiger als in London. Die Abweichung von den Londoner Preisen ist in den meisten Städten sehr gering. Es genügt deshalb, wenn wir die Durchschnittspreise der wichtigsten Nahrungsmittel in London anführen; in dieser Stadt kostete im Oktober 1912 (im Durchschnitt):

Vende, 1 kg	2,66 \mathcal{M}
Rippensüß, prima, 1 kg	2,06 "
Unterschenkel, ohne Knochen, 1 kg	1,41 "
Kindfleisch, importiertes:	
Vende, 1 kg	2,20 "
Rippensüß, prima, 1 kg	1,41 "
Unterschenkel, ohne Knochen, 1 kg	1,03 "
Hammelfleisch, einheimisches:	
Keule, 1 kg	1,78 "
Schulter, 1 kg	1,64 "
Brust, 1 kg	0,94 "
Hammelfleisch, importiertes:	
Keule, 1 kg	1,17 "
Schulter, 1 kg	1,08 "
Brust, 1 kg	0,61 "
Geräucherter Speck (dänischer), 1 kg	1,78 bis 2,29 "
Butter, gesalzen, 1 kg	2,48 bis 2,81 "
Eier (importiert), 1 Duzend	1,02 "
Kartoffel, 3 kg	0,30 "
Wehl, 3 kg	0,88 "
Brot, 2 kg	0,53 "
Milch, 1 l	0,30 "
Tee, 1 kg	3,04 "
Zucker, 1 kg	0,37 "

Von einigen Ausnahmen abgesehen, sind also die Preise in der Sechsmillionenstadt London billiger als in den deutschen Großstädten. Im letzten Jahre, 1913, stiegen die Nahrungsmittelpreise in London nur um 0,3 Prozent.

Ein Doppelzentner Kohle kostete 1912 in der britischen Hauptstadt durchschnittlich 2,74 \mathcal{M} ; nur in sieben anderen Städten waren die Kohlenpreise teurer, in drei Städten waren sie ebenso hoch und in 77 Städten waren sie billiger als in London.

Die Mietpreise der Wohnungen sind innerhalb der Stadt London beträchtlich verschieden. Im Durchschnitt sind sie in der inneren Stadtzone um ein Drittel höher als in der äußeren Zone (Vororte), und in der mittleren Zone nehmen die Mietpreise eine Mittelstellung ein. In der folgenden Tabelle ist ein Vergleich der durchschnittlichen Mietpreise 2- bis 3räumiger Wohnungen in der mittleren Zone Londons und in den Provinzstädten durchgeführt.

Wohnungen mit	Londen (mittl. Zone)		Mehrbetrag des Londen Mietpreises
	Wöchentlicher Mietpreis	Provingstädte	
2 Räume	5.61 M.	8.19 M.	78 %
3 Räume	7.40 "	4.46 "	66 %
4 Räume	8.98 "	5.23 "	71 %
5 Räume	10.97 "	6.16 "	79 %
6 Räume	12.75 "	7.52 "	69 %

In den meisten Provinzstädten wohnen die Arbeiter bedeutend billiger als in der Metropole London. In sieben Städten ist der Mietzins durchschnittlich um 16 bis 30 Prozent billiger als in London, in 67 Städten macht die Differenz 30 bis 50 Prozent aus, und in 13 Städten ist die Mietzinshöhe um mehr als die Hälfte niedriger als in London.

Zu bemerken ist, daß in den englischen und irischen Städten das sogenannte „Einfamilienhaus“ — ein schmaler Abschnitt einer langen Häuserzeile — vorherrscht. Das ist auch in London der Fall, aber sowohl in der inneren wie in der mittleren Zone Londons ist jede Etage eines solchen Einfamilienhauses an eine andere Partei vermietet und Arbeiterwohnungen mit mehr als 2 oder 3 Räumen bilden hier die Ausnahme. In den Londoner Vororten und in den Provinzstädten sind die Wohnungsverhältnisse besser. In Schottland werden zumeist große Mietshäuser mit etwa 8 bis 12 abgeschlossenen Wohnungen gebaut; in diesem Teil Britanniens ist die Wohnweise der bei uns üblichen sehr ähnlich.

Seit 1905, als das Gewerbeamt ebenfalls eine Erhebung über die Kosten der Lebenshaltung ausführte, sind die Mietpreise durchschnittlich um 0,3 Prozent gefallen (praktisch also gleich geblieben), die Kleinhandelspreise der Nahrungsmittel und der Kohle sind dagegen um durchschnittlich 13 Prozent gestiegen. Das Erfordernis eines Arbeiterhaushalts für Miete, Heizung und Nahrung war 1912 um 10,3 Prozent höher als 1905. Vergleichbare Angaben über die Kleiderpreise sind schwer zu erlangen, doch kann man auf Grund der vom Gewerbeamt gesammelten Materials annehmen, daß die Kosten der Kleidung im Laufe der letzten Jahre vom Oktober 1905 bis zum Oktober 1912 mindestens um 10 Prozent gestiegen sind.

In den Ländern des europäischen Kontinents war wohl die Preissteigerung in derselben Zeit noch ausgiebiger als in Großbritannien.

Geht acht, ihr Frauen!

Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben. Also verkündet es der Dichter. Doch es ist ein Traum, es ist Phantasie und wird von der rauhen Wirklichkeit zerstückt und verjaagt. Vorbei ist die Zeit, in der Mütter mit ihren Kindern spielten, in der Großeltern hinterm warmen Kamin Mädchen erzählten mit ihren Entschieden die Dämmerstunde verbrachten. Not, Sorge, Elend ist in die Arbeiterheime eingezogen. Ernst und bitter tritt die Frage nach dem Stückchen Brot an jeden einzelnen heran. Mann, Weib und Kinder müssen verdienen. Jeder unnütze Esser muß aus der Familie verbannt werden, damit es möglich ist, die notwendigen Bedürfnisse der Familie zu decken. Wehe die Arbeiter, die einmal Krankheit, Arbeitslosigkeit betrifft! Die Arbeitslosigkeit wird eine immer schwerere. In unheilvoller Wucht tritt das Gespenst der Krisis den Arbeitern entgegen. Das sind Tatsachen, die nur möglich sind in der Zeit des Kapitalismus, Erscheinungen, die ihre Begründung nur in unserer heutigen planlosen Warenherzeugung haben können. Daneben der unerträgliche Militarismus, der zu dem raffiniertesten System führt, das Volk zu bedrücken. Schon jetzt zahlen wir 94 M. indirekte Steuern pro Kopf, und immer neue Milliardenforderungen stehen in Aussicht. Nicht lange wird es dauern, und neue Angriffe auf die Taschen des Volkes werden folgen. Wie ein Sammelhaufen die Ausbeulungslust seiner Kräfte in die Schultern der Arbeiter geschlagen, jeden Augenblick bereit, ihm das letzte bißchen Blut und Kraft auszusaugen, den letzten Bißchen Brot vom Munde zu nehmen. Wasserladolose Gefassen! Wasserladolose Gefassen! So besticht man jeden Klassenbewußten Arbeiter, der es wagt, sich gegen solche Verhältnisse aufzulehnen. Auf der anderen Seite ruft man: Schützt den Arbeitswilligen! Schützt also den Stützpunkt, die aus dem Sumpf unserer elenden Verhältnisse emporwachsen! Schützt also den Judas, die für ein paar Silberlinge Rechte und Ehre ihrer Klasse verkaufen! Hindernis stellt sich die ganze herrschende Klasse in den Weg, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, sich bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse schaffen wollen. Selbst unter dem Deckmantel der Religion heult man die Arbeiterchaft in unerhöhtester Weise an. Aber immer mehr bekennt sich die Erkenntnis ihren Weg, daß es nur durch eigene Kraft, durch immer größeren Zusammenschluß möglich ist, Befreiung zu erlangen. Da dürfen auch die Frauen nicht zurückbleiben.

Ihr dreifach Beladene, die ihr vom frühen Morgen bis zum späten Abend tätig seid, als Erwerbsarbeiter, als Mütter und Hausfrauen, euer Los ist Schaffen und Sorgen, Sorgen und Schaffen; und doch reicht es nicht. Ihr, die ihr mit Radel und Zwirn Neues aus Atem schafft, die ihr durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen seid, der Ertragsmühle des Kapitalismus eure Arbeitskraft zu verkaufen, Leid ist euer Lohn. Gleichviel, welchem Beruf ihr angehört, ob in geistiger Arbeit, ob ihr in Bureau, Fabrik oder dumpfer Stube schaff, keine Industrie ist mehr frei von Frauenarbeit; Millionen Frauen sind im Erwerbsleben tätig, aber rechtlos sind ihr trotzdem geblieben. Wir haben zu viel Nachachtung und Verachtung für unsere deutschen Frauen. „Frauen haben ein viel zu sentimentales Herz, als daß man ihnen den rauhen und harten Beruf eines Richters zukommen ließe.“ Das sind die Phrasen, mit denen man euch abwehrt, wenn ihr eure Rechte fordert! Eine größere Verdrehung kann man euch wohl nicht mehr zuteil werden lassen. Doch achtung den Frauen, die in Regenerien vom frühen Morgen bis zum späten Abend die nassem Bißchen abtragen, die am Waschtisch, die in Sand- und Lehmgrube mit Schaufel und Hade arbeiten! Doch achtung den Frauen, die im dumpfen Keller die Wäsche waschen, die jene bei ihrem Gelage gebildet haben, die mit dem Scheuerelmer die letzten Spuren solcher Nachgelasse reinigen müssen! Doch achtung den Frauen, die in dumpfer Stube in der Dämmerzeit beschäftigt sind, die an Nähmaschinen hocken, Wäsche zu nähen, die jene mit listerner Sinnlichkeit bewundern! Doch achtung aber auch vor unseren Fortbrerungen! Die sentimentalischen Herzen sind uns längst ausgetrieben worden.

Die Mutterliebe unterdrückt, heißt es, wenn wir unser mageres Mittagsmahl auf den Tisch setzen, wenn wir früh morgens die Kinder aus den warmen Betten reifen, sie in andere Pflege geben müssen, um pünktlich an der Maschine des Unternehmers hocken zu können. Längst sind unsere jarten Mutterhände Arbeitskräfte geworden; Arbeitskräfte, mit denen wir an die Türen der Parlamente pochen, unsere Rechte zu fordern. Und so werden auch am 8. März Tausende von Frauen auf dem Kampfplatz erscheinen; Frauen, deren Haupt oft wochenlang kein Sonnenstrahl läßt, die nach Brot für ihre Kinder streifen, die Altrred an der Kette ziehen, die man ihnen um Fuß und Kaden gelegt hat. Zu ihnen gehören auch die Tausende von Tabakarbeiterinnen, die unter den schrecklichsten Arbeits- und Wohnverhältnissen leben, deren Arbeitszeit oft 16 bis 18 Stunden zählt, die bei Unterernährung,

Überarbeit und magerem Lohn verkommen. In es ein Wunder, wenn die Tabakindustrie so recht der Dorn der Tabakarbeiter ist! Ein großer Teil der Inhabern der Lungenheilstätten sind Tabakarbeiter; kurz ist oft die Brust, die ihnen noch zu leben vermag ist. Mütter und Väter, die noch so notwendig in der Familie gebraucht werden, müssen untergehen. Mancher geht lächelnd über diese Tragischen hinweg, ohne zu ahnen, daß ihm das Gespenst der Tuberkulose seine Kräfte schon in den Kaden gesetzt hat; Tausende von Kindern sterben darin. Schlechte Luft, lange Ernährung, wenig Pflege, das ist der Bürgengel unserer Kleinen. Und doch haben wir unsere Kinder unter Schmerzen in Liebe und Verehrung geboren, reichen ihnen die Brüste, und wenn durch Überarbeit und Unterernährung der Körper nicht die Kraft hat, Nahrung zu erzeugen, dann sind es unsere Hände, die jeden Krunt, jeden Bißchen verdienen müssen.

Schaut um euch, wie gegenwärtig die Gabel der Lebensmittelerzeugung und Arbeitslosigkeit auf den Rücken der Arbeiter niederstaut. Da sind die Tabakarbeiter in erhöhtem Maße beteiligt. Denn wenn je die regierenden Parteien ihrer Karren verfahren hatten, wenn die Finanznot so groß war, daß sie nicht aus noch ein wußten, war es immer der Tabak, der bluten mußte. Die Existenz des Tabakarbeiters ist schwer belastet. Doch ist die Interessenslosigkeit unter unseren Kollegen, und vorzüglich unter den Kollegen, noch recht groß, wie mir die letzten Agitationstouren bezeugen haben, indem es Frauen einzelner Orte nicht für nötig hielten, die Verarmungen zu beschreiben. Und ihnen war die Aufklärung doch so nötig. Darum heraus aus euren Häuten am 8. März, ihr Mütterlichen und Beladenen! Schlagt ein in die Trüber- und Schmelzerhand, die sich euch aus Österreich, aus der Schweiz, aus Rußland und England entgegenstreckt und gelobt, mit verstärkter Wucht den Kampf um Freiheit, Recht und Brot zu führen! Jeder setze sein Bestes ein, dann wird unser Tag eine machtvolle Demonstration für das volle Bürgerrecht der Frau, eine würdige Einleitung der neuen Woche.

Minna Schilling.

Mitteilungen aus dem Beruf

Eine Erfindung zum Verringern der Zigarren. Der Südb. Tabakzeitung wird aus New York geschrieben: Die hiesige International Cigar Banding Co. brachte unlängst eine neue Maschine auf den Markt, mittelst derer 60 Zigarren pro Minute oder 3000 Stück in der Stunde mit Binden versehen werden können. Die Maschine wird elektrisch angetrieben, benötigt jedoch nur 1/4 P.S. Motore und konsumiert sehr wenig Strom. Sie ist ungemein kompakt, nimmt nicht mehr Raum als ein Tisch ein und die einzelnen Teile sind mit Schutzvorrichtungen versehen, so daß sich die Arbeiter nicht leicht verletzen können. Die Maschine ist die Erfindung eines Mr. Frank Maloclay, der mehrere Jahre an ihrer Vervollkommnung gearbeitet hat. Eine Person genügt zu ihrer Bedienung, so daß sich der Betrieb außerordentlich billig stellt. In Fachkreisen hat die neue Maschine sehr gute Aufnahme gefunden.

Eine neue Tabaksorte. Im Staat Connecticut in Nordamerika, wo ein lebhafter Tabakbau getrieben wird, ist die Entstehung einer neuen Art der wichtigen Nutzpflanze beobachtet worden, die einen bedeutenden Handelswert verspricht. Vor 10 Jahren wurden dort, wie die Wochenschrift Science berichtet, zum ersten Male Tabakfelder mit einer Saat aus Kuba bestellt, die aus mehreren Sorten gemischt worden war. Die sich entwickelnden Pflanzen wurden dann gesichtet und in den folgenden Jahren in Reihen ausgelegt. Aus dem durch Selbstfruchtung erhaltenen Samen wurden neue Generationen gezogen, so daß 1913 schon mehr als eine Million Pflanzen vorhanden waren. Bei der Ernte 1912 entdeckte einer der Mitarbeiter zu seiner großen Ueberraschung eine Pflanze, die sehr viel größer war als die übrigen, und sich auch in ihren Blättern unterschied. Der Verwalter der Pflanzung fand noch zwei solcher Stauden, mit denen nun weitere Versuche im Gewächshaus angestellt wurden. Im vorigen Jahre waren bereits 5000 Pflanzen verfügbar, die sich namentlich durch die große Zahl von Blättern auszeichnete. Diese belief sich auf 60 bis 80. Die Prüfung der Blätter ist sehr günstig ausgefallen, und man setzt daher große Hoffnungen auf den weiteren Ausbau dieser scheinbar durch Zufall entwickelten Sorte, zumal sie nach den bisherigen Beobachtungen einen fast um die Hälfte größeren Ertrag gibt als die gewöhnliche kubanische Sorte. Sie hat den Namen Stewart Cuban erhalten. Solche Mutationen, wie man in der Botanik die Entstehung neuer Spielarten einer Pflanze ohne Einwirkung des Menschen nennt, sind auch früher schon zuweilen am Tabak beobachtet worden, auch mit Rücksicht auf die Vermehrung der Blätter. Vor einigen Jahren wurde eine Havanaanlage mit 72 Blättern beschrieben. Bisher aber hatten sich keine praktischen Erfolge daraus ergeben. Auch in diesem Fall wird man erst abwarten müssen, ob die Pflanze ihre Eigenschaften mit genügender Zuverlässigkeit festhält, so daß auf einen Ausbau im größeren Umfang gerechnet werden kann.

Einheitliche Tabakarbeiterorganisation in Großbritannien? Auf Veranlassung des britischen Gewerkschaftsbundes fand eine Konferenz der Vertreter von sieben lokalen Tabakarbeitergewerkschaften statt. Die Konferenz beschloß, den Organisationen die Verschmelzung zu einem britischen Tabakarbeiterverbande zu empfehlen, und soll zu diesem Zweck am 5. März eine neue Konferenz in London stattfinden. Bisher sind die englischen Tabakarbeiter, soweit sie überhaupt organisiert sind, allen möglichen gemischten Gewerkschaften angeschlossen.

Wieder ein Tabakmonopol. Die Regierung der Republik Uruguay hat mit Herrn J. Dascono eine Ueber-einkunft abgeschlossen, wonach einer durch Genannten zu gründenden Gesellschaft das Monopol für den Handel und die Fabrikation von Roh-tabak und Tabakfabrikaten erteilt wird. Die Regie-gesellschaft, deren Konzeption sich auf 25 Jahre erstreckt, schüttet dem Staate in den ersten fünf Jahren 1 200 000 Pesos, den folgenden sieben Jahren 1 700 000 Pesos und den letzten dreizehn Jahren 2 000 000 Pesos aus, alle Maschinen und losen Gerätschaften werden nach Ablauf der Konzeption Eigentum des Staates, derselbe ist dann ferner bezeugt, die Immobilien gegen Kostpreis zu enteignen.

Die Uebereinkunft tritt zwölf Monate, nachdem die gesetzgebenden Körperlichkeiten den Vertrag genehmigt haben, in Kraft, es sei denn, daß die Regierung einen späteren Uruguay anässigen Tabakhändler und Fabrikanten von Einföhrungstermin feststellen sollte. Die gegenwärtig in

Zigarren und Zigaretten haben das Recht, Mikondre der Regie-Gesellschaft zu werden, indem sie ihre Lagerhäuser und Fabriken als Gegenwert in Rechnung bringen. Die Gesellschaft ist ausschließlich dem Staate Uruguay untertan und muß von ausländischen Kapitalisten-Gruppen unabhängig bleiben.

Bewegungen im Beruf.

Glauchau i. Sa. Die Firma H. G. Arnisch, J. u. h. a. b. e. r. O. s. t. Arnisch, erhöhte die Löhne pro Mille um 20 S bei drei Sorten und um 30 S bei einer Sorte. Der Tarifvertrag wurde erneuert.

Leipzig i. Sa. Der Sortiererlohn für vier neu eingeföhrte Sorten im Betriebe der Firma Hugo Haschke entsprach nicht den Wünschen der Zigarrensortierer. Sie forderten deshalb an Stelle der Löhne von 1,75 M bis 2,70 M pro Mille die Löhne von 1,85 M bis 3,50 M pro Mille. Es kam eine Einigung zustande. Die Firma erhöhte die fraglichen Löhne um 10 S, 30 S, 55 S und 80 S bei je einer Sorte pro Mille.

Kulm (Schweiz). Die Firma Gloor in Kulm sucht in deutschen Zeitungen Zigarrenmacher. Eine Arbeitsannahme empfiehlt sich jedoch nicht, weshalb die Kollegenschaft gewarnt sein möge, bei der Firma in Arbeit zu treten. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß der Vorstand des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, Abteilung Tabakindustrie, gern bereit ist, die nötige Auskunft über die Firma bezüglich der Arbeitsverhältnisse zu geben.

Norwegen. Die in den Zigarrenfabriken in Christiania beschäftigten Arbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Festsetzung und Erhöhung der Mindestlöhne für Form- und Handarbeit und Erhöhung der Juristrierlöhne. Zu diesem Zwecke wurde der bestehende Vertrag zum 31. Dezember 1913 gekündigt. Die eingeleiteten Verhandlungen sind von den Zigarrenfabrikanten abgebrochen und besteht nunmehr die Möglichkeit, daß es zu einer allgemeinen Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter in ganz Norwegen kommt. Insgesamt stehen 50 Prozent der Mitglieder seit dem 1. Januar im Streik. Sofern es zur Aussperrung kommt, werden 90 Prozent der Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes in Norwegen (Tabakarbeiterförbundet i Norge) ohne Arbeit sein. Vorzug nach Norwegen wird dringend gewarnt.

Disziplin und Arbeitsnachweis.

Von allen Fragen, die augenblicklich das gewerkschaftliche Leben beherrschen, ist unzweifelhaft die Frage der Arbeitsnachweise diejenige, die recht eigentlich im Brennpunkte des Interesses steht. Besonders wie jetzt, in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, tritt die Frage einer geregelten Arbeitsvermittlung auf uns neue an. Eine praktische Arbeitsnachweise ist aber nicht denkbar ohne Arbeitsnachweise. Auch unser letzter Verbandstag hat ja beschlossen, überall, wo es möglich ist, Arbeitsnachweise einzuföhren. Die Einführung von Nachweisen setzt aber voraus, daß die Benutzenden den Anforderungen voll und ganz entsprechen, die ein geregelter Nachweis erfordert. Ueber die Vor- und Nachteile der verschiedenen Arbeitsnachweise, seien es gemeinnützige, kommunale oder paritätische, näher einzugehen, erübrigt sich, da diese Art Zustände weiter nichts darstellen, als Instrumente der Bestrafung zum Zwecke der Niederhaltung der Arbeiter. Nur ein paar Worte über den Nachweis in unseren Händen seien hier gesagt:

Welche Anstrengungen und Kämpfe um die Anerkennung der Arbeitsnachweise geführt werden, kann man zur Genüge aus unseren Tageszeitungen erfahren. Gerade die Unternehmer wissen es am besten zu würdigen, welche Vorteile ein Arbeitsnachweis für diejenigen bringt, die ihn in Händen haben. Sie lassen es sich aus diesem Grunde ein gutes Stück Geld kosten, um gegen die Arbeitsnachweise, die nicht in ihren Händen sind, Sturm zu laufen. Können wir nun ruhig zusehen, daß die Fabrikanten ganz nach ihrem Belieben über unsere Arbeitskraft verfügen, ohne daß wir selbst ein Mitbestimmungsrecht haben? Es gehört doch ein gut Teil Optimismus dazu, zu glauben, man könne seine Arbeitskraft besser verkaufen, wenn man sie anbietet. Gewiß ist das Streben eines jeden Menschen darauf gerichtet, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Aber, das hat man geschahen auf Kosten seiner arbeitenden Kollegen, indem der eine danach trachtet, dem andern die Arbeit abzulagern, vielleicht unter schlechteren Bedingungen sich anbietend, wie der andere? Wird nicht ganz besonders in unserem Verufe das Ueberangebot an Arbeitskräften von den Fabrikanten ausgenutzt, um die Löhne zu reduzieren? Beigleich nicht jeden Mensch, der noch etwas Nüchternheit besitzt, ein Schamgefühl, wenn er mit dem Hute in der Hand um Arbeit betteln muß? Es liegt im Interesse des Verbandes sowohl als auch der Allgemeinheit, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Nicht um die Kollegen unter die Vormachtigkeit eines einzelnen Kollegen, des Nachweiseleiters, zu zwingen, wollen wir die Nachweise, sondern zur Verbesserung unserer Lebenslage sollen sie dienen. Sie sollen uns vor einem Ueberangebot an Arbeitskräften schützen! Sie sollen den Fabrikanten zeigen, daß wir ihnen in geeigneten Augenblicken die Arbeitskräfte abschneiden können, besonders bei Lohnbewegungen. Wir haben aber auch unsere Nachweise, um jenen Kollegen zu stützen und ihm Arbeit zu verschaffen, der aus gewissen Gründen von den Fabrikanten nicht gern gesehen ist; vor allem aber, um eine gerechte Vermittlung der Arbeit zu besorgen, damit nicht einer gezwungen ist, wochenlang arbeitslos zu sein, während ein anderer, der gut „bekannt“ ist und gut schmökern kann, gleich wieder Arbeit erhält. Darum ist der Arbeitsnachweis durchaus erforderlich.

Ganz nach Reihenfolge, unter Berücksichtigung der einzelnen Arbeiter und ihrer Leistungen, gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlungen, die das Regulativ zum Arbeitsnachweis geschaffen, hat die Vermittlung zu geschehen. Gewiß wird es für manchen Kollegen nicht leicht, Beschlüssen nachzukommen, die vielleicht zufällig ohne seine Mitarbeit zustande gekommen sind, zumal wenn er das Suchen nach Arbeit gewohnt ist. Hat er aber deshalb ein Recht, diesen Beschlüssen, die unseren demokratischen Prinzipien durchaus entsprechen, zu widersprechen? Ist es etwa ein „Zwang“, der ausgeübt wird, wenn der Nachweiseleiter fordert, daß der Arbeitslose den Beschlüssen der Allgemeinheit Rechnung tragen soll? Es wäre eine Mißhandlung der gewerkschaftlichen Disziplin, und eine ganz falsche Auslegung der Disziplin, wenn man sagen wollte, den Verbandsbeschlüssen nachzukommen sei gleichbedeutend mit Zwang. Nicht Selbstlosigkeit und Zwang, sondern Selbstständigkeit und Disziplin ist es, wenn man sich den Beschlüssen der Mehrheit fügt.

Wer von dem Standpunkte des Gewerkschaftlers den Arbeitsnachweis betrachtet, wird zu einem ganz anderen Urteile über gewerkschaftliche Disziplin kommen, als derjenige, der immer nur sein eigenes Ich den Interessen der Allgemeinheit voranstellt; für den bedeutet das Wort Solidaritätsgesühl nur Schall und Rauch. Wer mit den bestehenden Beschlüssen des Arbeitsnachweises nicht einverstanden ist oder gegen die Vermittlung des Leiters Einspruch erheben will, der gehe in die nächste Mitgliederversammlung und

bringe seine Beschwerde vor; dann mag die Allgemeinheit entscheiden, ob der Nachweisleiter seine Pflicht getan hat. Wer es aber unternimmt, und statt dessen gegen die Beschlüsse im Geheimen opponiert, nur um seiner eigenen Vorteile willen, der schiebt die Solidarität unseres Verbandes beiseite und gibt sich damit als Schmeichele an seinen eigenen Kollegen preis.

Wie stellen sich die Sortierer zu den neuen Pressverfahren?

Ich will zu dieser Sache kurz ein paar Worte schreiben, hauptsächlich über die Woernerpresse, an der ich schon einige Jahre arbeite und die mir so gut gefällt, daß ich sagen kann, die Sortierer haben, wenn sie auf dem Posten sind, keine Nachteile.

Wenn die Woernerpresse kam, wurden alle 20stel-Padungen direkt in fertige Kisten gepackt, entweder Hamburger Padung, mit Gewicht von oben, oder Bremer Padung, d. h. den Boden von 20stel Kisten los und dann von unten gepackt; und dann in die Presse. Wie nun auch einer eingearbeitet ist — beides macht Arbeit genug. Anders bei der Woernerpresse. Es ist zunächst ein Bod, wie ich es nennen will, nötig, den jeder Sortierer haben muß; dann kommen die Bleche, auch Schieber genannt. Man nimmt eines davon und stellt es in den Bod, um das Maß zu stellen, damit die Zigarren bequem hineingehen. Dann nimmt man die Zigarren wieder heraus, legt in den Schieber, dort, wo die beiden Teile zusammenstoßen, ein Stück Papier, das man gleichzeitig zum Notieren der Farbe bemerkt, legt dann das Band hinein (zum Umlegen) und legt die 50 Zigarren hinein; oben auf dem Spiegel legt man den Wedel drauf, der dann mit Federkraft aufspringt, und das 20stel ist fertig. Ebenso ist es mit der Spiegelpressung, nur, daß dort zunächst jeder Lage eine Pappe kommt. Für diese Arbeit muß mehr bezahlt werden, auch wenn es 100stel sind (5x10).

Die Presse selbst kann der Sortierer nicht anheben; er packt seine Bleche und stellt sie auf seinen Platz. Zur Bedienung einer Presse muß ein Sortierer im Wochenlohn angestellt sein, der die Bleche von den Maschinen in die Presse stellt, das Maß stellt (Höhen- und Seitendruck), die Presse zudreht und sie nach zwei bis drei Stunden, je nach Bedarf, wieder entleert, um auch gleich, bevor eingepackt wird, eine neue Partie hineinzustellen und wieder zuzudrehen. Während die zweite Partie in der Presse steht, packt dieser Sortierer die erste gepackte Partie in fertige Kisten (blau) und beschwert diese mit Gewichtchen oder stellt sie in eine gewöhnliche Presse, damit die 20stel nicht wieder hoch gehen. Die Woernerpresse ist eine Schnellpresse (Vorpresse) und muß sie sich ja auch rentieren.

Wird auf diese Art verfahren, so hat der Sortierer keine Nebenarbeiten mehr. Die Sortierer werden ja in den meisten Betrieben auch nicht danach bezahlt. Der Sortierer darf sich bei Einführung der neuen Pressverfahren aber auch nichts abziehen lassen. Der Fabrikant sucht dem Sortierer begreiflich zu machen, daß ja die Nebenarbeiten in Wegfall kommen, und vertritt durch Lohnabzug die hohen Kosten der Woernerpresse auf die Sortierer abzumägen.

Der Fabrikant hat durch das neue Pressverfahren genügend Vorteile. Zunächst kommen keine Klampagen mehr vor; dann eine schnellere Pressung, eine tadellose Pressung, eine wie die andere, namentlich bei Spiegelpressung. Auch kann mit diesem Verfahren die schönste Hamburger Pressung ohne Klampagen erzielt werden, und zwar in folgender Weise: Zu jeder Sorte gehören drei Pappdeckel, die nach Maß geschnitten sind, die zwischen die Lagen (20stel, Padung, 12, 13) kommen; man brückt die Schieber zusammen bis an die Pappdeckel und diese dann wieder heraus. Jedoch muß, wenn diese Padung bei einer Sorte eingeführt werden soll, ein Ausschlag von mindestens 30 % pro Mille erfolgen. Natürlich muß man bei einer neu eingeführten Sorte mit dieser Padung die 30 % gleich ausschlagen.

Nun ein paar Worte zu den Herzogischen Triumphkästen, die ja schon älter sind. Dabei handelt es sich in der Hauptsache darum, daß man das Umpacken mit etwa 30 % pro Mille bezahlt bekommt;

auch die Mehrarbeit mit den Pappern erfordert ebenso wie bei der Woernerpresse einen Ausschlag. Herzog hat schon wieder ein Patent in bezug auf das Pressverfahren erworben, das wahrscheinlich in Anwendung finden wird. Es ist die Art des Verfahrens wie bei den Triumphkästen, nur mit dem Unterschied, daß, wenn man vorher die 50 Zigarren einpackt und das Maß gestellt hat, man einfach herunterdrückt und die Pressung fertig ist, so daß die Zigarren nicht in die Presse brauchen. Da bei diesen Kästen Mehrarbeit für den Sortierer entfällt, müßte auch mehr Lohn gezahlt werden, und zwar etwa 50 % pro Mille (mit Umpacken). Die Zigarren bleiben, wie auch bei der Woernerpresse, 2 bis 3 Stunden in den Kästen zum Pressen.

Berichte.

Sprottan. Am 1. Februar tagte hier eine Mitglieder-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, anschließend Jahresbericht; 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung; 3. Kartellbericht; 4. Vortrag des Gauleiters M. Clement über „Die historische Entwicklung der Tabakindustrie“; 5. Verschiedenes. Vom Kollegen Czindsoz wurde die Abrechnung sowie der Jahresbericht verlesen. Kollege Krause erklärte, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Die Neuwahlen ergaben: Kollege R. Kalmus als 1., J. Czindsoz als 2. und A. Biegel als 3. Bevollmächtigter. Zu Revisoren wurden Frau Schmidt und F. Thuns gewählt. Unterkaufmann für Malwitz wurde Kollege Kohn. Der Kartellbericht wurde von den Kollegen Sitt und Kohn verlesen. In der Diskussion darüber stellte Kollege Fader den Antrag: „Die Delegierten sind anzumelden, darauf zu achten, daß die Bezirkskonferenzen immer besetzt werden.“ In seinem Vortrage erläuterte Kollege Clement in verständlicher Weise den Ursprung des Tabakbaues. 1860 wurde der Tabakbau von dem Franzosen Nikot nach Frankreich eingeführt und kam erst später nach Deutschland. Im weiteren schildert er den Anbau, die Behandlung, Ernte, das Trocknen und die Firmation des Tabaks. Nachdem Redner ausführlich die Lohnverhältnisse unserer Branche behandelt, forderte er auf, künftig und unermüdet für unsere Organisation zu agitieren. Im Verschiedenen wurde der Antrag gestellt, einem, in Not geratenen Kollegen 15 % zu bewilligen. Leider werden die Versammlungen zu wenig besucht; es wäre zu wünschen, daß den Versammlungen mehr Interesse entgegengebracht würde.

Köln. Unsere am 14. Februar abgehaltene Mitglieder-Versammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Vortrag über die Tabakarbeiterorganisation früher und jetzt; 2. Abrechnung vom 4. Quartal; 3. Kartellbericht; 4. Wahl eines Hauskassierers; 5. Verschiedenes. Wegen Verspätung des Gauleiters hielt Kollege Kreg den Vortrag. Er führte u. a. aus, daß schon seit dem dreißigjährigen Kriege der Tabak in Deutschland bekannt sei; die erste Importfirma hatte Hamburg, ebenso die erste Zigarrenfabrik, die 1788 durch Schlottmann errichtet wurde. Zunächst hatte dieser Unternehmer mit Wiedereinführung zu kämpfen, doch war das Rauchen in Hamburg bereits Ende des 18. Jahrhunderts in der Mode. In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtete die Firma Dunkelmann in Hamburg eine Fabrik, in der bald 50 Arbeiter beschäftigt wurden. Hier gründeten die Tabakarbeiter auch die erste Vereinigung, eine Unternehmungskasse. Solche Unternehmungskassen waren dann bald in allen größeren Städten, wo die Tabakindustrie Eingang fand, zu finden. Am 24. Dezember 1865 fand in Berlin ein von Fröhliche einberufener Kongress statt, auf dem der Allgemeine deutsche Zigarrenarbeiterverein ins Leben gerufen wurde. Damit war der zentralistische Charakter der Tabakarbeiterorganisation begründet. Der Verein hatte im zweiten Jahr bereits 6500 Mitglieder. Das Sozialistengesetz vernichtete 1878 diese Organisation. Unsere jetzige Organisation wurde 1892 gegründet. Allmählich verschlechterten sich die Verhältnisse der Tabakarbeiter, indem die Unternehmer, zum Teil durch die Steuern und Steuerpläne veranlaßt, nach immer billigeren Produktionsge-

bielen abwanderten. Es hielt schwer, die Arbeiter, namentlich aber die Arbeiterinnen, für die Organisation, d. h. für den Kampf um bessere Lebensbedingungen zu gewinnen. 1907 z. B. war das Durchschnittseinkommen etwa 400 M geringer, als das der Gesamtarbeiterchaft. Wäre der Verband nicht, so würde es um die deutschen Tabakarbeiter noch schlimmer stehen. Der Verband sucht nicht nur die Lebenslage der Tabakarbeiter durch Lohnerbhöhungen zu verbessern, sondern er sorgt auch direkt für seine in Not geratenen Mitglieder; so zahlte er 1912 423 000 M an Unterstützungen aus. Wie notwendig die Organisation ist, ist hier in Kostod zu erleben. Während in den Betrieben, wo die Arbeiter gut organisiert sind, die Löhne erhöht wurden, sind im größten Betriebe, in dem bisher keine organisierten Arbeiter waren, die Löhne um 3 M pro Tausend niedriger. Erwachsene weibliche Personen müssen dort des Monatsends mit 7 M und 7,50 M nach Hause gehen. Das ist eine Verzweiflung, die jeder Beschreibung spottet. Diese traurigen Verhältnisse können nur besser werden, wenn sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen; wenn sie zeigen, daß sie nicht mehr willenloses Werkzeug der Kapitalisten sein wollen. Männer und Frauen müssen gemeinsam gegen die Ausbeutung kämpfen. (Beifall.) Die Abrechnungen erstattete Kollege Schwarz; dieselben wurden als richtig anerkannt. Kollege Schwarz gab den Kartellbericht. Zum Hauskassierer wurde Kollege Sonntag gewählt; er soll vierteljährlich 13 M Entschädigung haben. Zum Schluß richtete Kollege Schwarz noch einen Appell an die neu gewonnenen weiblichen Mitglieder, treu zur Fahne des Verbandes zu halten. Kollege Kress forderte auf, nicht in der Agitation zu erlahmen, bis der letzte Tabakarbeiter im Verband ist, um dann gemeinsam zu kämpfen.

Die Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, gibt jebermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 M abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 M eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Uberschuß nur den Versicherten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. In allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbjährliche Prämienzahlung von 30 % an. Günstigste Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlen der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angeammelten und um 3 1/2 Prozent Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3 1/2 Prozent Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit 10jähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Volksversicherung mit zwangloser Prämienzahlung). Tarif Va: Rillloversicherung mit fallender Versicherungssumme (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VI: Kinderparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwilligst bei allen Rechnungsstellen bei allen Vertrauensvereinen der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbst auch Prospekte.

Preiswerte Tabake.

- Sumatra-Decker, 3. Länge Bollblatt, mittelhell, 180 1/2
- Sumatra-Decker, 2. Länge Bollblatt, mittelhell, 230 1/2
- Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 1/2
- Vorsteeland-Decker, hell, 230 und 260 1/2
- Java-Umblatt, Bezugs, 140 1/2
- Java-Einlage 85 1/2
- Pelz-Decker PP, Krug des Almas, 200 und 220 1/2
- Pelz-Einlage, gepreßte Blätter, 140 1/2
- Domingo FF, großes zartes Blatt, 125 1/2
- Domingo F, Umblatt, 105 1/2
- Domingo H, blattiger Aufarbeiter, 95 und 100 1/2
- Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135 1/2
- Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120 1/2
- Carmen-Aufarbeiter, 110 1/2
- Carmen-Einlage, 100 1/2
- Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger, 200 1/2
- Havana-Einlage, saure Buchta in Rollen, 160 1/2
- Mexiko-Decker, tadellos, Brand, 230 1/2
- Losgit, rein amerikanisch, beste Ware, 95 1/2
- Speise pr. 1/2 kg vergollt inkl. Beleg und zur gegen Nachnahme.

P. Zimmer, Bremen
Ballhauptstrasse.

Otto Brandes

12 1/2 Rohtabake 12 1/2
Bremen, Weststr. Nr. 96
empfehlen als besonders preiswert

- Sumatra-Decker 170, 190, 200, 220, 230, 250, 300, 350, 380, 420, 460, 580 1/2
- Sumatra-Umblatt 135, 145, 165 1/2
- Java-Vorsteeland-Decker 180, 230, 250, 300, 350 1/2
- Java-Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160 1/2
- Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 1/2
- Mexiko-Decker 230 1/2
- Brasil-Decker 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250 1/2
- Brasil-Einlage 140, 150, 160 1/2
- Carmen 105, 110, 115, 130, 140 1/2
- Domingo 100, 110, 120 1/2
- Seedleaf 115 1/2
- Losgit 95, 100, 105, 110 1/2, nur amerikanische gesunde Tabake
- Havana 250, 300, 350, 400, 600 1/2
- Sämtliche Tabake sind kerngesund und wird für tadellosen Brand garantiert. Versand nur per Nachnahme. Preise verzollt.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt rechte, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfehlen

Holsteiner Käse, Rölländer
saftig und schmilzt, reines Milchprodukt, Postfrei netto 9 Pf. Wt. 3.50 liefert ab hier unter Nachnahme
Reinrich Kroghmann
Norderf. (Holst.) No. 682

Rohtabak-Handlung
Hengfloss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstrasse 24. [5]

Inventur-Ausverkauf

von ca. **40 tausend** Wickelformen
in nur modernen, vielgekauften Fassons
Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Gebrauchte Formen von **10 Pf.** an; neue,
zurückgesetzte Formen von **25 Pf.** an
Fordern Sie Musterbogen!

L. Cohn & Co. Berlin

24 Brunnenstr. 24

Rohtabak-Handlung
August Darlacher, Naunheim II, B 7, 9.
Empfehle mein reichhaltiges Lager Zigarrentabake. Versand gegen Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Abgabe jeden Quantum. Grosses Lager gebrachter Formen.

Taschenfeuerzeug, billig!
59 Muster nur 1 M. Steine (3x5) 100 St. nur 1.20 M. Dochts Meter 20 1/2.
P. Giroux
Berlin 135, Saarbrückerstr. 13.

Gelegene
Tabak-Arbeiter
bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Druckfachen Schmalheldt & Co., Bremen.
aller Art liefert schnell und billig

Eine Geschichte aus dem Osten.

Von Sepp Dertter.

Vor der Gutstätte zu Ragowen war an einem Sonntag eine große Menschenansammlung. Die Kirchenscheuch gingen nicht wie sonst, soweit sie weißtögen Geschlechtes, nach Hause oder in das Wirtshaus, soweit sie Männer waren. Sie standen vielmehr herum und redeten eifrig miteinander. Als sich dann die Türen der Sakristei öffneten und der Pfarrer heraustrat, redeten sie die Hälfte, als lähen sie ihn zum ersten Male. Die Männer nahmen die Hute und Mützen ab, und zwar nicht aus der alten Gewohnheit bloß, sondern mit einer gewissen scheuen Achtung.

Pastor Santel antwortete bereits fünf Jahre in Ragowen. Die Ragowener hatten an ihm den Gefallen, den sie an jedem Pastor hatten. Sie gingen Sonntags in die Kirche, hörten seine Predigt an, oder besuchten sie, und hatten sie wieder vergessen, ehe noch die Mittagsmahlzeit vorüber war. Die Predigten konnten gar nicht nach ihnen leben. Sie hatten keine Zeit dazu. Wochentags arbeiteten sie hart und an den Sonntagen suchten sie bei Schnaps und Bier, bei Tanz und anderen Vergnügungen eine large Unterhaltung.

Auch der Gutsherr und seine Familie waren mit ihrem Pfarrer bisher zufrieden. Er hatte in braver, wohl-erlangener christlicher Weise die Gutsangehörigen stets darauf hingewiesen, daß sie der Herrschaft Liebe, Achtung und Gehorsam schuldig seien, und hatte in lobenswerter Art die Güte, Mildmütigkeit und den christlichen vorbildlichen Sinn der gutsherrlichen Familie jederzeit gelehrt anerkannt.

Der Gutsherr, ein Graf Sottler, hatte die christliche Liebe für seine Leute. Er prägte sie eigenhändig. Selbst die Jesuiten sprachen oft seinen Lob. Er ging stets mit einem Gewehr auf den Feldern umher. Und die Gutsleute wußten es, daß er eher jedes Tier, als einen Menschen geschont hätte, der es gewagt haben würde, ihn lächelnd anzusehen. Auch die Gutsherrin achtete ihre Würde mit der eigenen, in diesem Falle gar nicht zarten Hand und führte ein sehr strenges Regiment in Haus und Hof. Die beiden Töchter allein beteiligten sich an der liebevollen Bückigung des Gutes nicht. Sie waren zu vornehm mit den niedrigeren. Das Gut geblieb trefflich. Es mußte gedeihen, denn drei Söhne standen bei der Garde in Berlin und Potsdam.

Das Gedeihen des Gutes konnte man jedoch nur am Stande der Felder, der Wiesen, des Waldbestandes und der Viehställe erkennen. Das Gutshaus, Schloß genannt, die Schule, die Kirche, das Pfarrhaus waren nicht in bestem Stande; ja, die Wohnungen der Gutsleute konnten nicht im eifrigsten mit den Viehställen verglichen werden. Die Ställe entsprachen allen hygienischen und wirtschaftlichen Anforderungen. Die Kühe fraßen aus blauen, glänzenden Trögen, hatten saubere Ställe, lagen auf einer stets guten und trockenen Streu; sogar in ständiger Aussicht war für sie gesorgt. Sie waren streng vom männlichen Hundesglockel getrennt. Wenn so sauber sah es in den Pferdeställen aus, auch die Schweinehälle hatten

beim gebietten Hauses trat das mit Stegen bedeckte Steinhäus. Eisen- und Stahlkonstruktionen treten an die Stelle von Holzkonstruktionen. Bis zur kapitalistischen Wera war Holz fast das einzige Baumaterial, Metallindustrie nur möglich mit Hilfe von Holzbohlen. Mit dem Aufsteigen der Metall verarbeitenden Industrien, dem Eindringen der Dampfmaschinen, wurden Holz und Holzbohle als Brennmaterial abgelöst von fossilen Brennstoffen, von Steinkohle und Braunkohle. Sollte der Holzbedarf, der durch den Verbrauch von Steinhäusern und Brennstoffen jährlich im deutschen Reich bewirkt wird, durch Holz erzielt werden, so würden dazu Waldkomplexe von etwa 1 Million Quadratkilometer Fläche nötig sein, also auf einer Fläche, doppelt so groß als das deutsche Reich. Gerade die früher aus Holz verfertigt wurden, werden jetzt aus Metall verfertigt. An die Stelle der ehemals allgemein üblichen Holzbohlen z. B. sind Metallbohlen getreten, an der Stelle von Holzgeräten, Zubern u. dergl. werden verzinkte oder emaillierte Gefäße aus Eisenblech verwendet. Es lassen sich noch weitere Beispiele für die relative Verminderung des Holzkonsums auf vielen Gebieten anführen.

Daneben aber verbrauchen neu entstandene Industriezweige wieder ungeheure Holzmassen zu ihren Zwecken. Große Wälder werden zu Buch- und Zeitungspapier verwandelt, die Zellulosefabrikation beansprucht große Holzmassen, und nicht minder sind in der Einfuhrung von Holzplanken in den Großstädten, durch die Verwendung von Holzschwellen beim Eisenbahnbau neue Gebiete des Holzkonsums entstanden.

Mit der Verminderung des Konsums Hand in Hand ging eine Verminderung der Absatzverhältnisse. Früher verurteilte das Holz seines geringen spezifischen Wertes halber viel zu hohe Transportkosten, als daß es in großem Maßstabe und anders als auf dem Wasserwege hätte transportiert werden können. Jetzt gestatten die Eisenbahnen mit ihren Tarifermäßigungen für Massengüter den Export des Holzes auch auf größere Entfernung. Namentlich wertvollere Holzgattungen sind ein beliebter Handelsartikel geworden. Immerhin sind die Transportkosten relativ hoch, das Holz wird daher gleich an Ort und Stelle im Wald bearbeitet, zu Brettern usw., um seinen spezifischen Wert zu erhöhen. Das hat für den Holz durchweg nach kapitalistischen Grundsätzen handelnden Besitzer außerdem den Vorteil, daß er hier die mit Pungersöhnen gezahlte Arbeit der Waldarbeiter zur Verfügung hat.

Die Forstwirtschaft ist eben heute nichts als kapitalistische Warenproduktion. An die Stelle der Produktion von Gebrauchswerten ist die Produktion von Kaufswerten getreten, an die Stelle des Eigentums der Wirtschaftsgemeinschaft der Unternehmer das Privateigentum eingetret. Früher allgemeines Nutzungsrecht — heute Forstprivatrecht und Forstpolizei.

Die Forstwirtschaft ist eingestiegen dem Gange der kapitalistischen Wirtschaft. Und wie einst diese kapitalistische Wirtschaft abgelöst werden wird von einer gemeinsamen Produktionswirtschaft freier Menschen, so wird auch der Wald aus den Händen der Expropriateure, die ihn den früheren Gemeindefürsten entzogen und als ihr Eigentum usurpierten, genommen werden und in das Gemeinwesen der künftigen sozialistischen Gesellschaft übergeführt werden. An diesem Tage wird der deutsche Wald, der so gern von Boeten als „reicher deutscher Wald“ bejungen wird, wahrhaft frei werden. Dieser Tag kommt, über kurz oder lang. Dann, im ganzen wie im einzelnen: die Expropriateure werden expropriert werden.

Notizen.

Der Mensch kann seine Jugendbedürfnisse nicht los werden und dieses geht so weit, daß selbst mangelhafte Dinge, woran er sich in solchen Jahren gewöhnt und in deren Umgebung er seine kindliche Zeit verbracht hat, ihm auch später in dem Grade lieb und wert bleiben, daß er darüber wie verblendet ist und er das Geschickliche daran nicht einleht.

16. Jahrhundert auf eine gewisse Schonung der Waldbestände gesehen hatten, trotzdem sie sie finanziell ausbeuteten, beteiligten sich jetzt an der schonungslosen Verwüstung des Waldbestandes. Das Geldbedürfnis dieser Gewässer in der Barockzeit, die wirtschaftlich durch das Merkantilsystem, politisch durch den Absolutismus gekennzeichnet war, führte zu einer stärkeren Ausbeutung des Holzbestandes durch sie. Holzkaufleute wurden eingeführt, im Bezirk der Herrscher befindlichen Waldungen begünstigt, alles, um die Kassen der absoluten Herrscher zu füllen. Das Merkantilsystem bildete den Übergang vom feudalistischen Wirtschaftssystem zum Kapitalismus. An die Stelle des alten Gemeinerechts war im Laufe der Entwicklung das Eigentum der Großgrundbesitzer, der Territorialfürsten getreten. Die Waldungen standen zum größten Teil im Eigentum der Fürsten. Jetzt, im Zeitalter des hereinbrechenden Kapitalismus, der schweren Durchbildung des Privateigentums, trat an die Stelle des fürstlichen Eigentums am Wald das Eigentum Privater. Durch die Mediatialisierungen kleiner Grundbesitzer kam viel Wald in Privatband, die größeren Staaten veräußerten unter dem Einfluß des ökonomischen Liberalismus große Teile ihrer Domänen — so Preußen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts weit über die Hälfte seiner Domänenverwaltungen. Dazu kamen die „Gemeinheitsteilungen“, die das noch im Gemeinerecht befindliche Grundvermögen an Feld, Wald und Weide in Privateigentum überführten. Auch sie trugen dazu bei, daß das Privateigentum am Wald Fortschritte machte.

Diese Veräußerung von ehemals Gemeinerechtlichem in Privateigentum ist dem Rechtsbewußtsein des Volkes zu allen Zeiten als Unrecht erschienen, sie erscheint ihm heute noch als Unrecht. Strenge Forststrafgesetze schützten den neuen Besitzer die volle Ausnutzung ihres Eigentums. Aber das Rechtsbewußtsein des ehemals Schutzberechtigten ließ ihm das, was früher sein unbestrittenes Recht, nun nicht bis zum letzten Erbteil zu sein. Vom Standpunkt des Forstbesizers aus ist das Auflesen von Weiden im Wald Diebstahl, mindestens Minderwertigkeit. Aber der Mensch hat sich nicht unter Rechtsbewußtsein gebildet. Gegen die neuen Forststrafgesetze emporleht sich jedes nicht kapitalistisch infizierte Geschöpf. Mit welcher Wucht hat nicht der junge März 1841 in der „Rheinischen Zeitung“, nur vom Gefühl getrieben, gegen die Pläne des rheinischen Provinziallandtages, ein drahtloses Forstverbot auszusprechen, gekämpft. Die Gesetzgebung hat diesem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung Rechnung tragen müssen. Für Forstverbot gelten besondere, gemilderte Strafbestimmungen. Über empörend wirkt es noch immer auf unser Rechtsbewußtsein, wenn wir hören, in welcher brutaler Weise oft die Forstpolizei gehandhabt wird, wenn alle Frauen ins Gefängnis wandern müssen, weil sie für wertige Pfennige Holz aufgesaht. Jeder Zeitungslieferer wird solche Fälle kennen.

Heute ist über die Hälfte des deutschen Waldes in den Händen Privater. Er ist Objekt privatrechtlicher Ausbeutung geworden, die Forstwirtschaft wird nach den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise betrieben und zeigt alle Schäden derselben. Kaum gibt es eine Arbeiterkategorie, die in elenderen Verhältnissen lebt, als die Waldarbeiter mit ihren erschreckend niedrigen Löhnen. Es existiert eine Klasse von Lohnhelfern in der Forstwirtschaft, sie laufen alle darauf hinaus, den Lohn abhängig zu machen vom Preis des Holzes. Was das für die Waldarbeiter bedeutet, wird erst klar, wenn man weiß, daß die Holzpreise Schwankungen bis zu 300 Prozent unterworfen sind.

Seit dem Eindringen des Kapitalismus hat sich außerdem eine schädliche Wandlung in der Benutzung und der Transportmöglichkeit des Holzes vollzogen. An die Stelle des aus Holz und Fachwerk gebauten, mit Schindeln

gar keinen Anspruch auf jede Verehrung. Hier war ebenfalls gute Ventilation, Wasserleitung, kurz alles, was auf ein Tier, das gut gedeihen und Gewinn bringen soll, Anspruch erheben kann, vorhanden.

Mit den Wohnungen der Gutsarbeiter stand es etwas weniger gut. Es waren alte Ställe aus Urbohlen, in welchen alles fehlte: Licht, Luft und Raum. Familien von sechs, sieben, acht und mehr Köpfen waren in einem höchstens zwei Räumen zusammengepfercht. Sie teilten diese Räume vielfach noch mit dem Ferkel, die und die Gutsbewohner Grundstücke. Er sagte: „Die Leute haben den ganzen Tag draußen gute und gesunde Luft Gottes Sonne scheint über sie — wenn die nachts ein Dutzend über sich haben, so genügt das reichlich.“

In diesen Wohnungen herrschte natürlich die Unreinlichkeit in jeder Art. Sie waren verstaubt aller möglichen Krankheiten. Traten Seuchen auf, so rafften sie die Menschen dahin wie die Fliegen. Es gab in dem Gutsbezirk sehr viele Kinder, uneheliche und eheliche. Der Schnaps legt viele Kinder in die Welt, und er trägt nicht nach Trankung und Ehepaar. Jeder Kauf vertritt ein Menschenleben; nicht eines, das war, sondern eines, das ward. Die Grenzen der Familien wurden dabei nicht sehr streng beobachtet. Es gab hierdurch manchen harten Streit, Körperverletzung und Zerschlag. Hinterrück Sängnis und Zuchthaus und Geld und Not für Frauen und Kinder. Das waren Unannehmlichkeiten. Aber das Bedeuten des Gutes wurde dadurch nicht beeinträchtigt.

Sonst war der ganze Gutsbezirk sehr loyal und von bester Weltanschauung. Auch dazu trug der Schnaps bei, den der Gutsherr brauchte. Er hielt die Menschen in einem ständigen Duzel und damit in Freundschaft und Unterwürfigkeit. Er erwies sich so staatsdienlich, daß sich im Gutsbezirk noch keine Stimme der Unzufriedenheit erhoben hatte. Alles in allem genommen, war somit das Leben in Ragowen ein recht christlich-patriarchalisches.

Und in dieses Leben wurde von einer Seite Weisheit gelegt, von der man es am wenigsten erwartet hätte, die eigentlich die Aufgabe gehabt hätte, schon von Kindesbeinen für dessen Erhaltung zu sorgen! Was war in diesen Jahren für Daniel gefahren? Vor einiger Zeit hatte ihm ein Jugendfreund besucht. Das war ein unangenehmer Patient. Er schnüffelte in den Ställen der Gutsleute herum, warnte die Leute vor dem Schnaps: rebete mit ihnen freundlich und erlaubte sich, sie darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Leben kein sehr menschenwürdiges wäre. Er zeigte dabei eine geradezu haarsträubende Unkenntnis der landlichen Verhältnisse und hatte in seiner Unwissenheit die Freiheit, dem Gutsherrn auf seine gräßliche Frage wie es ihm in Ragowen gefiele zu antworten:

„Sowelt das Vieh in Betracht kommt, ganz gut.“
„Wie soll ich das verstehen?“
„Worauf der Mann sehr ruhig und entschieben antwortete:
„Ganz vorbildlich!“

Der Gutsherr war im Begriff, die Hand zu erheben. Aber aus den Augen des Mannes blühte ihm etwas entgegen, was ihn veranlaßte, es zu unterlassen. Er war überzeugt, daß er es hier mit einem Sozialdemokraten zu tun hätte und eilte zu dem Pastor, um ihm ernste Vorhalt

